

08

# STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN

AUGUST 2003  
58. Jahrgang

auch erhältlich als PDF-Datei



- Kommunalfinanzen 2002: Ein schwarzes Jahr mit roten Zahlen
- Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002
- Einkommensstruktur der Haushalte 2002
- Daten zur Wirtschaftslage
- Hessischer Zahlenspiegel

## Inhalt

<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Kommunal финанzen 2002: Ein schwarzes Jahr mit roten Zahlen. Von <i>Günter Rapior</i>	186
<b>Sozialleistungen</b>	
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002. Struktur und Entwicklung auf Landesebene. Von <i>Berthold Müller</i>	193
<b>Haushalte</b>	
Einkommensstruktur der Haushalte 2002 nach Verwaltungsbezirken. Von <i>Siegfried Than</i>	201
<b>Daten zur Wirtschaftslage</b>	205
<b>Hessischer Zahlenspiegel</b>	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit . . . . .	211
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk . . . . .	212
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe . . . . .	213
Außenhandel, Tourismus, Verkehr . . . . .	214
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise . . . . .	215
Steuern, Verdienste . . . . .	216
<b>Buchbesprechungen</b>	Umschlagseite 3

## Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)  
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003**  
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) — Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)  
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagdesign: Vier für Texas Ideenwerk

## Auskünfte

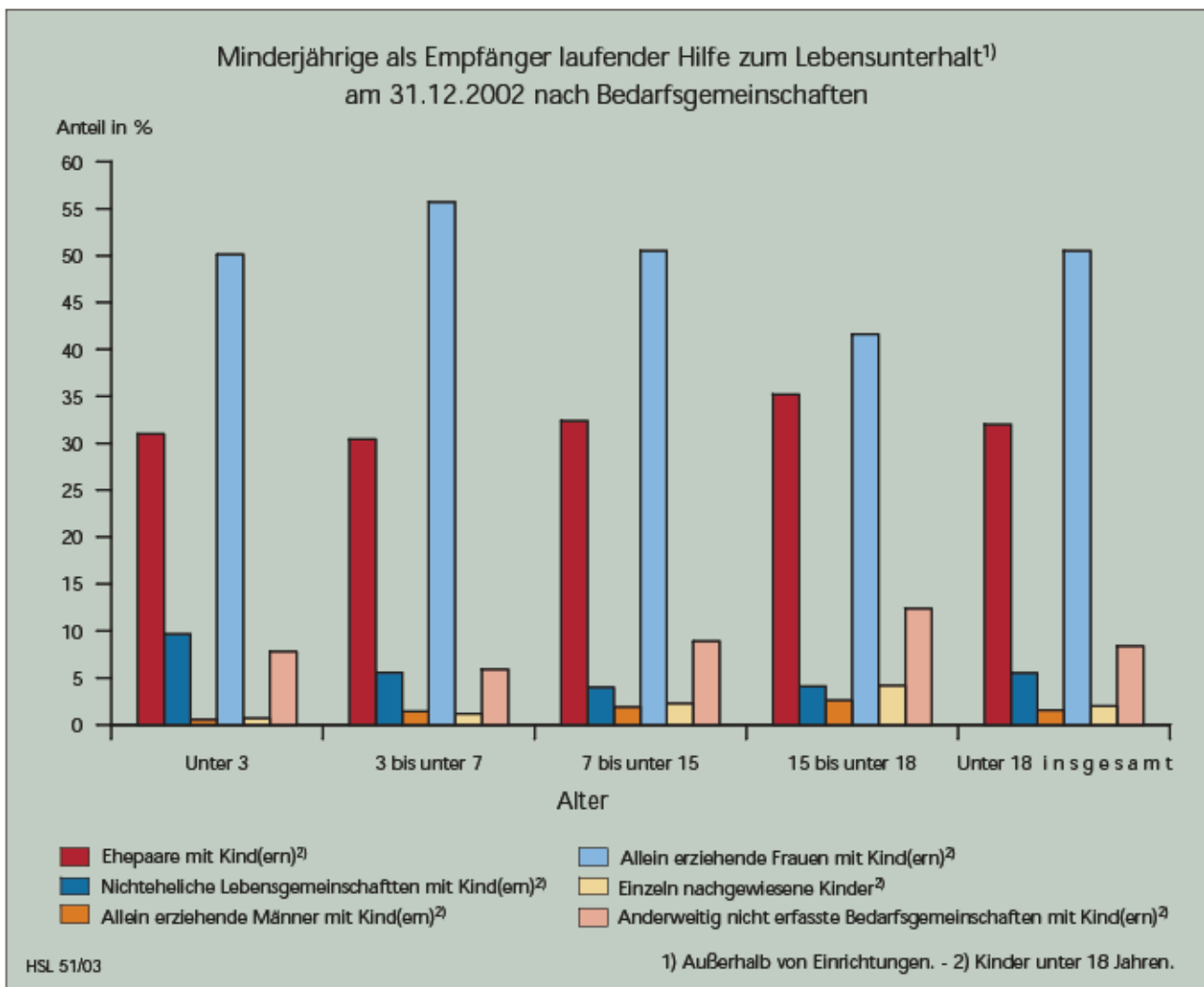
Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

## Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.  
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.  
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.  
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.  
( ) = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.  
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.  
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).  
D = Durchschnitt.  
s = geschätzte Zahl.  
p = vorläufige Zahl.  
r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



## Kommunalfinanzen 2002: Ein schwarzes Jahr mit roten Zahlen

*Mit Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,6 % im Jahr 2001 und 0,2 % im Jahr 2002 befand sich die Wirtschaft in Deutschland in den letzten beiden Jahren auf Stagnationskurs. Die hessische Wirtschaft konnte sich von dieser Entwicklung nicht abkoppeln. Im Jahr 2001 wuchs sie zwar noch um 1,4 %, um sich im Jahr 2002 mit einem Plus von 0,3 % nur knapp über der Stagnationsmarke zu halten. Der dem konjunkturellen Verlauf folgende Einbruch der Steuereinnahmen wurde durch die Aus- und Folgewirkungen des Steuersenkungsgesetzes drastisch verstärkt. Die aktuellen Daten der kommunalen Finanzstatistik belegen nun, dass sich unter diesen Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Lage der kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt im Jahr 2002 verschlechterte. Die Dramatik der Entwicklung, die dem Vorgang in der öffentlichen Diskussion beigemischt wird, erfährt allerdings im Kontext der Entwicklung der letzten Jahre eine gewisse Relativierung. Unterschiedliche Entwicklungen zwischen den aggregierten Daten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, prägnanter noch die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten, gemahnen darüber hinaus hinter rein globalen Betrachtungen regionale und strukturelle Besonderheiten nicht zu übersehen.*

Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten in ihrer Gesamtheit — nach positiven Finanzierungssalden in den Jahren 1998, 1999 und 2000 — auch für das Jahr 2001 noch einen, wenngleich deutlich abgeschmolzenen, Überschuss ihrer Einnahmen über die Ausgaben ausweisen. Aus den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik errechnete sich für die kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen im Jahr 2001 ein positiver Finanzierungssaldo<sup>1)</sup> in Höhe von gut 90 Mill. Euro, nachdem im Jahr 2000 noch ein Einnahmeüberschuss von knapp 650 Mill. Euro erzielt werden konnte (– 80 %). Für das Jahr 2002 wiesen die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften erstmals wieder einen Überschuss ihrer Ausgaben über die Einnahmen aus: Die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben aller hessischen Kommunen lassen einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von rund 580 Mill. Euro erkennen. Damit fand die tendenzielle Verbesserung der kommunalen Finanzsituation aus den Vorjahren durch die jetzt stark verminderten Steuereinnahmen ihr drastisches, finanzpolitisch aber durchaus absehbares Ende.

Zu dem Finanzierungsdefizit auf der kommunalen Ebene im Jahr 2002 haben die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden gleichermaßen beigetragen. Lediglich für die umlagefinanzierten Landkreisverwaltungen war mit 32 Mill. Euro — bei einer guten Halbierung des Einnahmeüberschusses gegenüber dem Vorjahr — noch ein positiver Finanzierungssaldo zu ermitteln. Allerdings lagen diesem, bei doch deutlich erhöhten Ausgaben (+ 287 Mill. Euro, + 6,7 %), auf der Einnahmeseite nur gesteigerte Erlöse aus Vermögens-

veräußerungen (+ 67 Mill. Euro, + 155 %) und verstärkte Kreditaufnahmen (+ 217 Mill. Euro, + 189 %) zu Grunde. Lediglich 10 (im Vorjahr 16) der 21 Landkreisverwaltungen konnten für das Jahr 2002 einen positiven Finanzierungssaldo ausweisen. Die Gesamteinnahmen der Landkreisverwaltungen nahmen zusammen um 7,4 % auf gut 4,3 Mrd. Euro zu, ihre Ausgaben stiegen um 6,7 % auf 4,6 Mrd. Euro.

Die kreisfreien Städte hatten einen Ausgabeüberschuss in Höhe von 315 Mill. Euro und verfehlten damit den Finanzierungsüberschuss des Vorjahres von 105 Mill. Euro besonders deutlich. Hier war es — wie im Weiteren noch vertieft dargestellt wird — insbesondere die Verminderung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer um fast 211 Mill. Euro (– 22 %), die den größten der hessischen Gemeinden, trotz Kürzungen auf der Ausgabenseite (– 150 Mill. Euro, – 5,9 %), eine Fortsetzung der Konsolidierung ihrer Haushalte versagte. Die Einnahmen der kreisfreien Städte gingen insgesamt um fast 14 % auf knapp 4,5 Mrd. Euro, ihre aggregierten Gesamtausgaben aber lediglich um knapp 6 % auf 5,5 Mrd. Euro zurück.

Für die kreisangehörigen Gemeinden addierten sich die Überschüsse der Ausgaben über die Einnahmen zu einem Finanzierungsdefizit von insgesamt 340 Mill. Euro. Bereits 2001 hatten die kreisangehörigen Gemeinden zusammen einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 120 Mill. Euro erreicht. Für die weitere Verschlechterung ihres finanziellen Status waren offenbar ebenfalls die wegbrechenden Steuereinnahmen (– 217 Mill. Euro, – 6,5 %), auch hier insbesondere die niedrigeren Aufkommen der Gewerbesteuer (– 182 Mill. Euro, – 18 %), ursächlich. Die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden gingen insgesamt um 4,3 % auf knapp 8,5 Mrd. Euro, ihr Ausgabenaggregat dagegen um 3,2 % auf 8,7 Mrd. Euro zurück.

<sup>1)</sup> Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (Kreditaufnahmen und Kredittilgungen, Rücklagenzuführungen und -entnahmen, Deckung von Fehlbeträgen der Vorjahre) und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Den mittels unbereinigten Einnahmen und Ausgaben berechneten Einnahmeüberschüssen oder -defiziten können daher durchaus auch Finanzierungssalden mit entgegengesetztem Vorzeichen entsprechen.

## Finanzierungssalden hessischer Gebietskörperschaften 2001 und 2002 (Mill. Euro)

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (-)
	2001	2002	
Kreisfreie Städte	105	- 315	- 420
davon			
Darmstadt	5	- 60	- 65
Frankfurt am Main	100	- 142	- 242
Offenbach am Main	1	- 39	- 40
Wiesbaden	- 10	- 79	- 69
Kassel	8	5	- 3
Kreisangehörige Gemeinden	- 120	- 340	- 220
Landkreisverwaltungen	78	32	- 46
Landeswohlfahrtsverband	28	42	14
Kommunale Gebietskörperschaften i n s g e s a m t	91	- 581	- 672

Die **Steuereinnahmen** der kommunalen Gebietskörperschaften verminderten sich unter dem Eindruck der anhaltenden Konjunkturschwäche und der Auswirkungen der Steuerreform — hier insbesondere des Steuersenkungsgesetzes 2001 — im Jahr 2002 nochmals um nahezu 400 Mill. Euro oder 6,7 %, nachdem sie bereits 2001 um fast 500 Mill. Euro oder 7,7 % auf 5,9 Mrd. Euro zurückgegangen waren. Nach Abzug der Bund und Ländern zustehenden Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen

Gebietskörperschaften davon rund 4,8 Mrd. Euro, das waren 467 Mill. Euro oder gut 8,7 % weniger als im Jahr 2001. Zu dieser verstärkten Fortsetzung des steuerlichen Einnahmerückgangs bei Städten und Gemeinden haben ausnahmslos alle Steuerarten beigetragen. Das Aufkommen aus der Gewerbesteuer brach sowohl in der Bruttoeinnahme (- 12,6 %) und noch stärker in dem nach Abzug der Gewerbesteuerumlage den Kommunen verbleibenden Nettoaufkommen (- 20,0 %) weiter ein. Der kommunalen Ebene flossen mit 1,57 Mrd. Euro allein aus der Gewerbesteuer 393 Mill. Euro weniger an Steuereinnahmen zu als im Vorjahr. In Abhängigkeit von den Standorten der großen Unternehmen und der örtlichen Wirtschaftsstruktur und -kraft waren die Gemeinden allerdings in unterschiedlichem Ausmaß von dem Einbruch bei der Gewerbesteuer betroffen. So haben die kreisfreien Städte im Jahr 2002 nur noch 761 Mill. Euro aus der Gewerbesteuer eingenommen, 211 Mill. Euro oder 22 % weniger als 2001. Besonders einschneidend war hierbei der Einbruch bei der Stadt Offenbach am Main. Sie erlitt einen kassenmäßigen Rückgang ihrer Gewerbesteuereinnahmen um 49 Mill. Euro und musste netto gut 5 Mill. Euro an Gewerbesteuer erstatten. Auch Darmstadt (- 16 Mill. Euro, - 34 %), Wiesbaden (- 44 Mill. Euro, - 28%) und Frankfurt am Main (- 115 Mill. Euro, - 17 %) hatten kräftige Mindereinnahmen der Gewerbesteuer hinzunehmen. Allein in Kassel konnte sich der Kämmerer über um 13 Mill. Euro (+ 28 %) höhere Gewerbesteuer

## Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2001 und 2002

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
	Mill. Euro		2001	2002
			gegenüber	
	2000	2001		
	Ausgaben <sup>1)</sup>			
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	15 654	15 119	5,6	- 3,4
darunter				
Personalausgaben	3 295	3 377	2,8	2,5
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand <sup>2)</sup>	2 152	2 016	5,3	- 6,3
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	1 467	1 405	12,3	- 4,3
Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe <sup>3)</sup>	3 054	3 108	3,5	1,8
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	529	510	- 2,8	- 3,6
Ausgaben des Vermögenshaushalts	3 278	3 291	0,3	0,4
darunter Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	1 827	1 834	0,5	0,4
Ausgaben i n s g e s a m t	18 932	18 410	4,6	- 2,8
	Einnahmen			
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	15 351	14 695	0,3	- 4,3
darunter				
Gewerbesteuer <sup>4)</sup>	1 964	1 571	- 13,9	- 20,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	2 389	2 337	- 3,9	- 2,2
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	3 698	3 599	1,5	- 2,7
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	3 007	2 905	1,6	- 3,4
Einnahmen des Vermögenshaushalts	3 404	3 140	10,7	- 7,8
darunter				
Investitionszuweisungen	377	347	1,2	- 7,9
Kredite und innere Darlehen	628	916	- 3,7	45,8
Einnahmen i n s g e s a m t	18 755	17 835	2,0	- 5,1

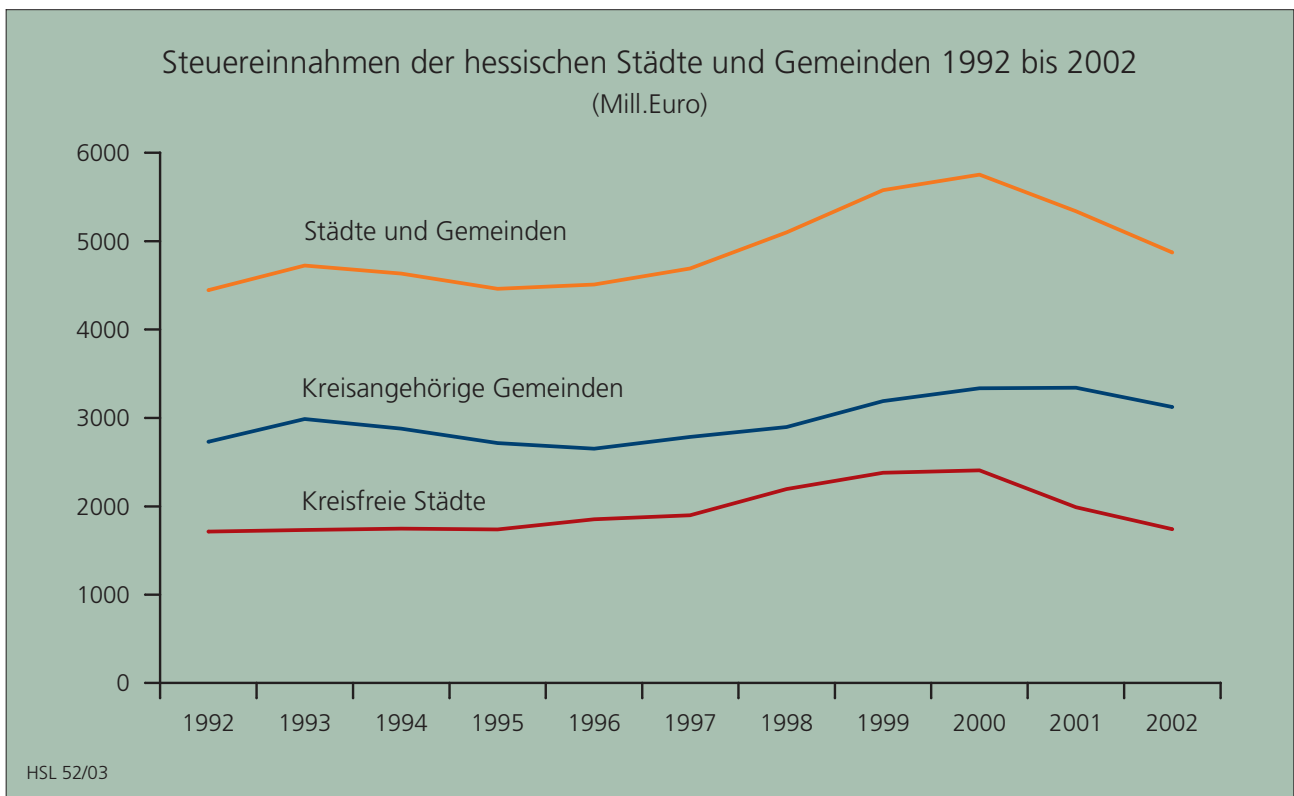
1) Ohne Berücksichtigung der Auflösungen von Sollfehlbeträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Ohne laufenden Betriebsaufwand, d. h. ohne Unterhaltungsaufwand und Kosten der Bewirtschaftung, Mieten, Pachten und ähnlichen Aufwand für Immobilien. — 3) Einschl. der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sonstiger sozialer Leistungen. — 4) Netto, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

ereinnahmen freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden, die im Jahr 2001 mit rund 993 Mill. Euro noch 69 Mill. Euro oder 7,5 % mehr als im Jahr 2000 an Gewerbesteuer für sich verbuchen konnten, hatten eine Abnahme ihrer Gewerbesteuereinnahmen um 182 Mill. Euro (– 18 %) zu verzeichnen.

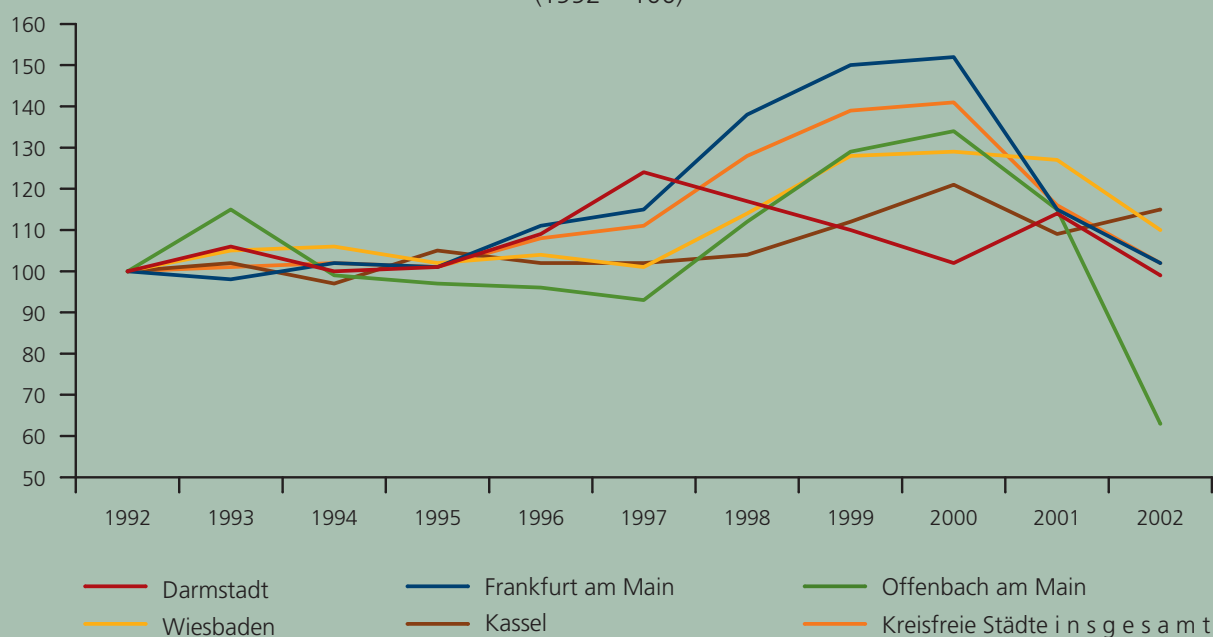
Die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern sind 2002 sowohl bei den kreisfreien Städten als auch bei den kreisangehörigen Gemeinden nochmals niedriger als 2001 ausgefallen. Insgesamt erhielten die hessischen Kommunen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer rund 2,6 Mrd. Euro, 60 Mill. Euro (– 2,3 %) weniger als im Jahr zuvor. Für die kreisfreien Städte betrug der Rückgang 2,6 %, für die kreisangehörigen Gemeinden 2,1 %. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer führte den kommunalen Kassen in Hessen im Jahr 2002 rund 2,3 Mrd. Euro zu, 52 Mill. Euro oder 2,2 % weniger als im Jahr 2001. Nachdem die hessischen Kommunen erstmals im Jahr 2001 einen Rückgang ihrer Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hinnehmen mussten, flossen ihnen im nunmehr fünften Jahr ihrer Beteiligung an der Umsatzsteuer erneut weniger Mittel aus deren Aufkommen zu. Mit 275 Mill. Euro ging der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um rund 8,7 Mill. Euro (– 3,1 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Aus der aktuellen Berichterstattung der Medien kann leicht der Eindruck entstehen, dass es sich bei den Rückgängen der kommunalen Steuereinnahmen der letzten beiden Jahre um einen Vorgang von besonderer Dramatik handelt. Der Blick auf die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen — netto, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage — von 1992 bis 2002 kann auch zu einer an-

deren Sicht und Einsicht führen. Danach lagen im Jahr 2002 die Steuereinnahmen der hessischen Kommunen insgesamt immer noch deutlich über dem Niveau des Jahres 1997 und der frühen Neunzigerjahre. Für die kreisangehörigen Gemeinden ist sogar nur ein leichter „Rückfall“ unter das Level des Jahres 1999 festzustellen. Allein die kreisfreien Städte hatten letztmals im Jahr 1995 geringere Steuereinnahmen als im Jahr 2002 zu verzeichnen. Hier zeigt die Differenzierung aber, dass lediglich die Städte Offenbach am Main und Darmstadt — nach zuvor allerdings starken Steuermehreinnahmen — mit ihren aktuellen Steuereinnahmen unter dem Niveau des Jahres 1992 liegen.

Insbesondere die zum Teil starken Einbrüche der Gewerbesteuer in Verbindung mit der — zum Ausgleich für die Beteiligung an der Umsatzsteuer — erhöhten Gewerbesteuerumlage reduzierten die **Steuereinnahmekraft** der hessischen Gemeinden insgesamt recht deutlich. Die durchschnittliche Steuereinnahmekraft aller hessischen Gemeinden im Jahr 2002 betrug nur noch 807 Euro je Einwohner, nachdem sie im Vorjahr noch bei 878 Euro je Einwohner gelegen hatte. Die Steuereinnahmekraft der kreisfreien Städte Hessens fiel von 1203 auf 1081 Euro je Einwohner und die der kreisangehörigen Gemeinden von 784 auf 728 Euro je Einwohner zurück. Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Steuereinnahmekraft, in Abhängigkeit von den Standorten Gewerbesteuer zahlender Unternehmen, sind bemerkenswert. Bis auf Kassel verloren im Jahr 2002 alle kreisfreien Städte an Steuereinnahmekraft, am deutlichsten die Stadt Offenbach am Main, der mit 604 Euro je Einwohner ein Drittel ihrer Steuereinnahmekraft des Vorjahres (919 Euro je Ein-



## Steuereinnahmen der kreisfreien Städte Hessens 1992 bis 2002 (1992 = 100)



HSL 53/03

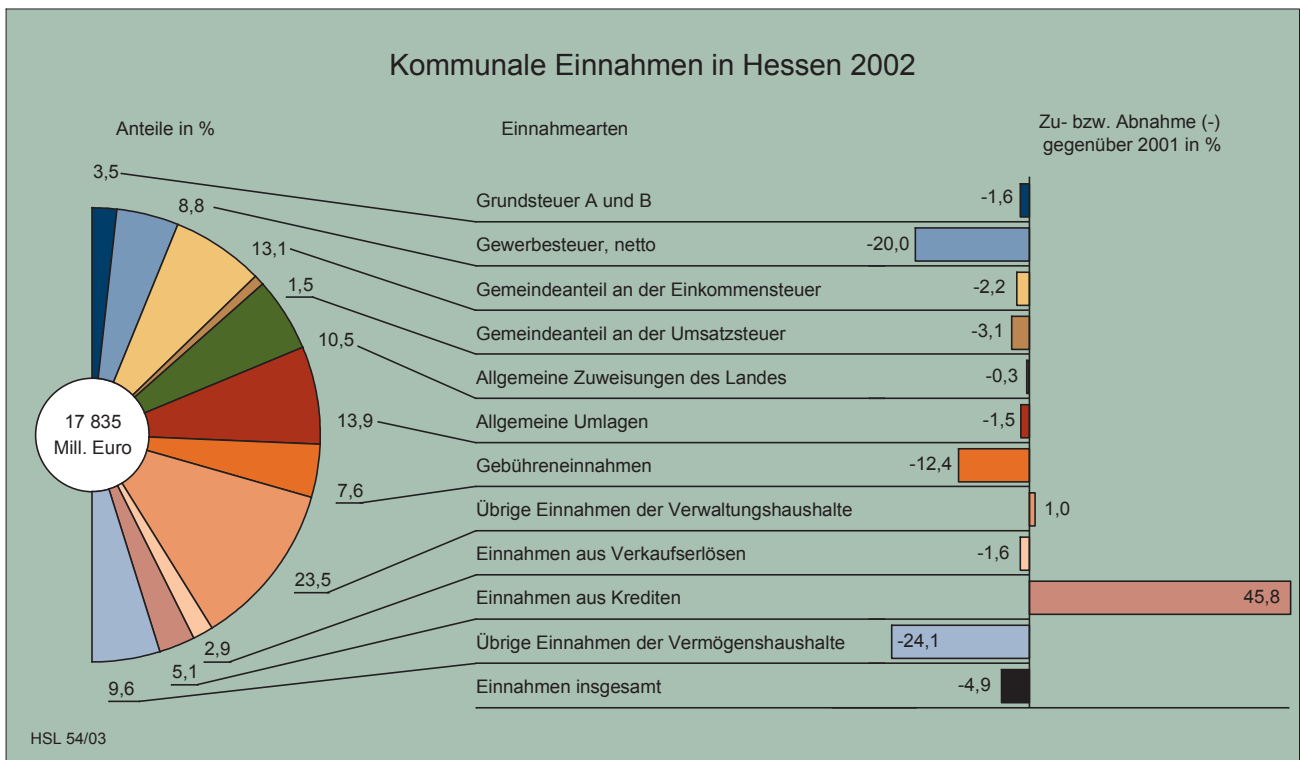
wohner) verloren ging. Bei keiner der kreisfreien Städte war die Steuereinnahmekraft je Einwohner im Jahr 2002 ausreichend, um sich noch einen Platz unter den zehn steuereinnahmestärksten Gemeinden Hessens zu sichern. Im Jahr 2001 war Frankfurt am Main mit 1485 Euro je Einwohner noch knapp Rang 10 verblieben; 1371 Euro im Jahr 2002 reichten nunmehr nur noch für Rang 11. Die ergiebigsten Steuerquellen in Hessens Gemeinden sprudelten auch im Jahr 2002, und damit nun im sechsten Jahr in Folge, in Eschborn, das mit Steuereinnahmen in Höhe von 4529 Euro je Einwohner einmal mehr das beste Ergebnis im Realsteuervergleich<sup>2)</sup> erreichte. Mit 2081 Euro je Einwohner folgt in dem Steuereinnahmekraft-Ranking der hessischen Gemeinden für das Jahr 2002 die Stadt Kronberg im Taunus, nachdem sie im Ranking des Vorjahres mit 2047 Euro je Einwohner bereits den dritten Rang erreicht hatte. Bad Vilbel, in den Jahren 2000 (2485 Euro) und 2001 (4756 Euro) jeweils noch Zweiter, rutschte in der Vergleichsberechnung für das Jahr 2002 mit 974 Euro auf Rang 28 ab. Mit Steuereinnahmen in Höhe von 2002 Euro je Einwohner im Jahr 2002 hat sich Allendorf (Eder) auf den dritten Rang vorgeschoben. Die Aufsteiger des Jahres unter den Top-ten waren allerdings Bad Soden am Taunus, das seine Steuereinnahmen je Einwohner von 772 Euro auf 1577 Euro gut verdoppelte und damit von

2) Für einen Vergleich der Steuerkraft der Gemeinden können die Aufkommen aus den Realsteuern (Gewerbsteuer sowie Grundsteuern A und B), wegen der von den Gemeinden jeweils frei festsetzbaren Hebesätze, nicht direkt einander gegenüber gestellt werden. Um die Hebesatzdifferenzen zu neutralisieren wird daher im Realsteuervergleich, unter Zugrundelegung landeseinheitlicher Hebesätze, die Steuereinnahmekraft berechnet. In die Berechnung der Steuereinnahmekraft fließen neben den Aufkommen aus den Realsteuern auch die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer ein.

Rang 86 auf Rang 7 aufstieg, und Weiterstadt, dem mit einer Erhöhung seiner Prokopf-Steuereinnahmen um 658 Euro auf 1650 Euro der Sprung von Rang 29 auf Rang 6 gelang.

Während sich die Steuereinnahmen auf der kommunalen Ebene Hessens insgesamt rückläufig entwickelten, konnten zumindest in Teilen der anderen Einnahmebereiche der Kommunen die im Vorjahr erreichten Niveaus gehalten oder sogar Zuwächse verbucht werden. So bewegten sich im Jahr 2002 die Schlüsselzuweisungen des Landes mit 1,56 Mrd. Euro (+ 0,2 %) insgesamt auf dem Level des Vorjahres. Auf die kreisfreien Städte entfielen davon 315 Mill. Euro (+ 0,9 %), auf die kreisangehörigen Gemeinden 715 Mill. Euro (- 0,7 %) und auf die Landkreisverwaltungen 533 Mill. Euro (+ 1,2 %). Aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben flossen den Kommunen 428 Mill. Euro oder 43 Mill. Euro (+ 11,3 %) mehr zu als im Jahr 2001. Dagegen gingen die Gebühreneinnahmen im kassenmäßigen Ergebnis um fast 200 Mill. Euro auf 1,36 Mrd. Euro zurück (- 12,4 %). Auf Grund der Höhe dieses Rückgangs in den Gebühreneinnahmen dürften — soweit im Rechnungsergebnis nicht noch andere Zahlen von den Gemeinden gemeldet werden — wohl Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten für diesen Rückgang ursächlich sein.

Im Ergebnis erzielten die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften in der Summe ihrer Verwaltungshaushalte — abzüglich der Gewerbesteuerumlage — mit 14,7 Mrd. Euro rund 660 Mill. Euro (- 4,3 %) weniger Einnahmen als im Vorjahr. Auch in dem Aggregat ihrer Vermögenshaushalte hatten die Gemeinden und Gemeindeverbände eine deutliche



Verschlechterung ihrer Einnahmen zu verzeichnen. Mit 3,1 Mrd. Euro nahmen sie auch hier um 265 Mill. Euro weniger ein als im Jahr 2001 (- 7,8 %). Die Gesamteinnahmen der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahmen um 850 Mill. Euro oder 4,4 % auf 18,5 Mrd. Euro ab. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der Gewerbesteuerumlage rund 17,8 Mrd. Euro, 960 Mill. Euro oder 5,1 % weniger als im Vorjahr.

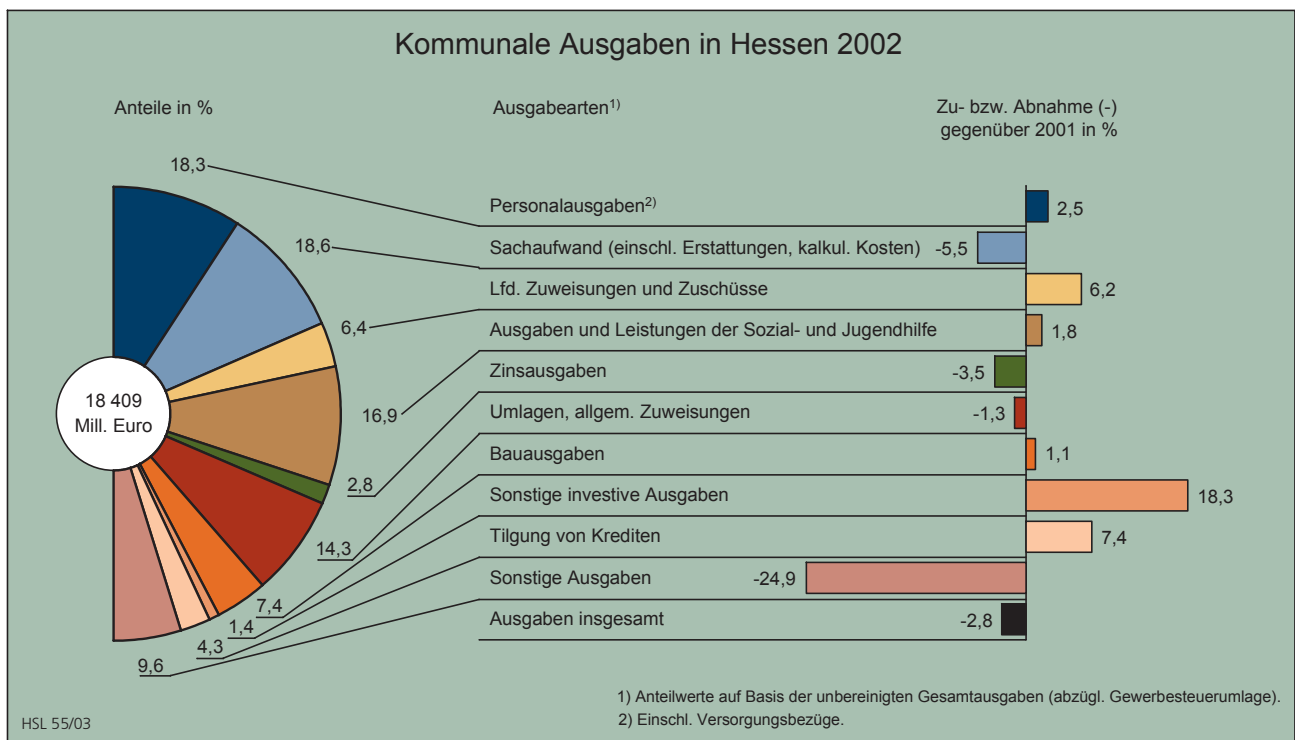
Die haushaltsmäßigen **Gesamtausgaben** der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften — ohne Auflösungen von Sollfehlbeträgen und ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage — gingen im Jahr 2002, nachdem sie im Vorjahr noch um 4,6 % auf 18,9 Mrd. Euro zugenommen hatten, um 2,8 % auf 18,4 Mrd. Euro zurück. Dabei nahmen die Gesamtausgaben der kreisangehörigen Gemeinden um 3,8 % auf 8,3 Mrd. Euro, die der kreisfreien Städte um 6,9 % auf 5,2 Mrd. Euro ab. Nur bei den Verwaltungen der Landkreise erhöhten sich die Ausgaben um 6,7 % auf gut 4,5 Mrd. Euro.

Die Summe der **Ausgaben der Verwaltungshaushalte** der kommunalen Gebietskörperschaften belief sich im Jahr 2002 auf 5,1 Mrd. Euro und war damit um fast 540 Mill. Euro oder 3,4 % geringer als im Jahr 2001. Die kommunalen Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz (ohne Jugendhilfe) addierten sich auf 2,34 Mrd. Euro; dies waren fast 39 Mill. Euro oder 1,7 % mehr als im Jahr 2001. Für ihren laufenden sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand setzten die hessischen Kommunen mit 3,4 Mrd. Euro gut 198 Mill. Euro (- 5,5 %) weniger ein als ein Jahr zuvor. Auch für ihr Personal haben die Kommunen fast 3,4 Mrd. Euro aufge-

wendet, dies waren allerdings 82 Mill. Euro oder 2,5 % mehr als im Jahr 2001.

Die Ausgaben in den Vermögenshaushalten der kommunalen Ebene stagnierten — bei einer Zunahme um nur 32 Mill. Euro — bei 3,3 Mrd. Euro. Das Niveau der **Ausgaben der Vermögenshaushalte** wurde dabei lediglich durch erhöhte Ausgaben der Kreisverwaltungen (+ 29,5 %) für Kredittilgungen, Bauinvestitionen und für Vermögenserwerb gehalten. Die vermögenswirksamen Ausgaben der kreisfreien Städte nahmen um knapp 16 Mill. Euro (- 2,1 %) auf 734 Mill. Euro, die der kreisangehörigen Gemeinden um 108 Mill. Euro (- 5,8 %) auf 1,76 Mrd. Euro ab. Unter dem Eindruck zum Teil prekärer Einnahmesituationen ihrer Haushalte haben viele der hessischen Kommunen im Jahr 2002 ihre Bauausgaben deutlich reduziert. Dennoch nahmen die reinen Ausgaben für **Baumaßnahmen** der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wie in den beiden Vorjahren nochmals zu, und zwar um 1,1 % auf 1,36 Mrd. Euro. Dabei haben allerdings lediglich die Landkreisverwaltungen die Summe ihrer Bauinvestitionen im Jahr 2002 erhöht, während sowohl die kreisfreien Städte als auch die kreisangehörigen Gemeinden ihre Ausgaben für Baumaßnahmen reduzierten. Die Landkreisverwaltungen investierten mit 292 Mill. Euro knapp 50 Mill. Euro (+ 21 %) mehr als im Jahr 2001, die kreisangehörigen Gemeinden 870 Mill. Euro, 27 Mill. Euro oder 3 % weniger, die kreisfreien Städte 200 Mill. Euro, 8 Mill. Euro oder 4 % weniger als im Jahr 2001. Die Steigerungen der Bauausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften waren im Wesentlichen auf erhöhte Investitionen der Schulträger in ihre Schulen zurückzuführen. Insbesondere von den Landkreisverwaltungen wurden



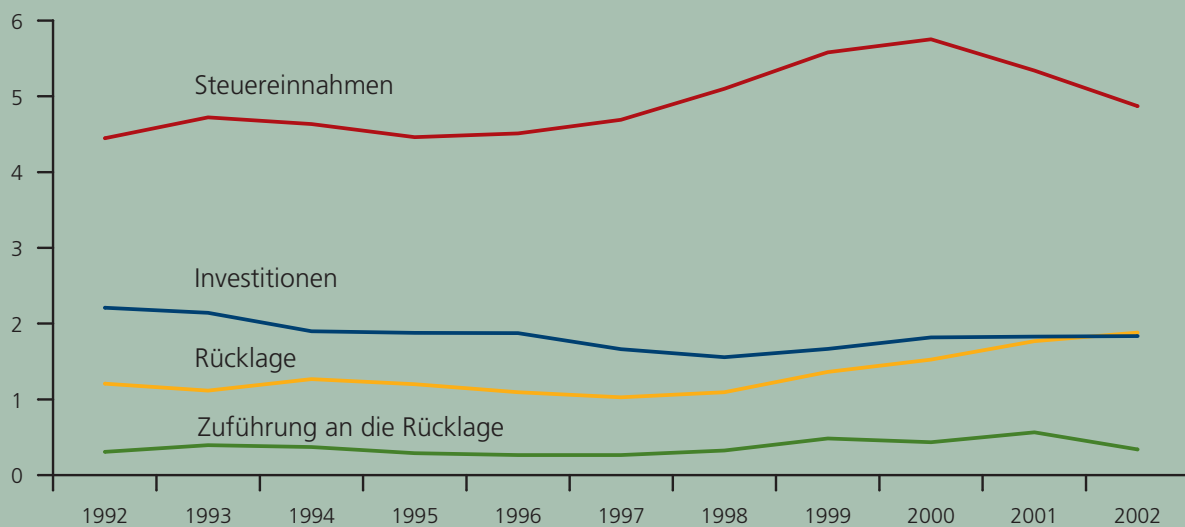


im Jahr 2002 mit 229 Mill. Euro fast 50 Mill. Euro oder 24 % mehr in die von ihnen getragenen Schulen investiert als im Jahr 2001. Die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden investierten in den Schulbau hingegen zusammen lediglich 79 Mill. Euro, 14 Mill. Euro oder 14,4 % weniger als im Jahr 2001. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 2002 (2001) 9,2 % (9,0 %) der Ausgaben unmittelbar für investive Zwecke (Bauausgaben und Vermögenserwerb) aufgewendet.

Die leichte Erhöhung des kommunalen Investitionsvolumens wurde weitgehend über Kredite finanziert. So haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 2002 eine **Nettoneuverschuldung** (Überschuss der Kreditaufnahmen über die Kredittilgungen) um rund 114 Mill. Euro ausgewiesen. 2001 wurden netto noch Kredite in Höhe von rund 108 Mill. Euro getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, dass die aktuelle Nettoneuverschuldung wesentlich auf die Entwicklungen bei den Kreisverwaltungen und bei den kreisangehörigen Gemeinden zurückzuführen ist. Die Kreisverwaltungen haben sich im Jahr 2002 um 103 Mill. Euro netto neu verschuldet, die kreisangehörigen Gemeinden um rund 90 Mill. Euro. Die sich für die kreisfreien Städte zusammen errechnende Nettokredittilgung für das Jahr 2002 wurde wesentlich aus dem fortgesetzt starken Schuldenabbau der Stadt Frankfurt am Main (- 93 Mill. Euro) und den Entschuldungsbemühungen der Stadt Kassel (- 23 Mill. Euro) gespeist, die mit ihren Kredittilgungen einem stärkeren Zuwachs der kommunalen Neuverschuldung in Hessen am kräftigsten entgegenwirkten. Zum Jahresende 2002 hatten die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände in ihren Haus-

halten — also ohne die Schulden ihrer Eigenbetriebe — einen **Schuldenstand** von zusammen nahezu 9 Mrd. Euro und damit fast 100 Mill. Euro oder rund 1 % mehr als Ende 2001. Damit ist die etatmäßige kommunale Verschuldung aller Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen erstmals seit 1994 wieder angestiegen. Unter den Gebietskörperschaftsgruppen haben die kreisfreien Städte ihren Gesamtschuldenstand weiter reduziert, und zwar gegenüber Ende 2001 um 56 Mill. Euro oder 2 % auf 2,97 Mrd. Euro. Dagegen haben die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreisverwaltungen ihre Schuldenstände erhöht. Bei den kreisangehörigen Gemeinden stieg das Schuldenaggregat um knapp 79 Mill. Euro oder 2 % auf 3,60 Mrd. Euro. Der etatmäßige Schuldenstand der Kreisverwaltungen nahm gegenüber dem Stand zum Vorjahresresultimo um 76 Mill. Euro oder 3 % auf 2,33 Mrd. Euro zu. Den höchsten etatmäßigen Schuldenabbau aller hessischen Kommunen konnte auch im vergangenen Jahr wieder Frankfurt am Main ausweisen. Hier wurde der Schuldenstand um 89 Mill. Euro oder knapp 5 % auf 1,79 Mrd. Euro gesenkt. Ebenfalls weniger Schulden standen Ende des Jahres 2002 mit 242 Mill. Euro (- 7,5 Mill. Euro oder - 3 %) in Kassel zu Buche. In der Landeshauptstadt Wiesbaden erreichte der Schuldenstand am Jahresende 399 Mill. Euro, 15 Mill. Euro oder 4 % mehr als im Jahr 2001. Stark wuchsen die Schulden der Stadt Darmstadt, um 24 Mill. Euro oder 8 % auf fast 320 Mill. Euro. In Offenbach am Main blieb der Schuldenstand mit 210 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahresstand nahezu unverändert (+ 1 Mill. Euro). Die Belastung der kommunalen Haushalte aus ihren Schulden lässt sich mit Hilfe der so genannten Zins-Steuer-Quote, also aus der Relation der Zinszahlungen zu den Netto-Steuerereinnahmen (Brutto-Steuerereinnahmen abzüglich Gewerbe-

## Steuereinnahmen, Rücklagen und Investitionen der hessischen Städte und Gemeinden 1992 bis 2002 (Mrd. Euro)



HSL 56/03

steuerumlage), verdeutlichen. Während die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 2000 je 100 Euro ihrer Netto-Steuerereinnahmen mit 9 Euro für Zinszahlungen belastet waren, hat sich durch die aktuelle Entwicklung dieser Betrag auf 11 Euro erhöht. Die Zinsbelastung der kreisangehörigen Gemeinden stieg um knapp 40 Cent auf 6 Euro je 100 Euro ihrer Netto-Steuerereinnahmen an.

Die ungünstige Entwicklung bei den Einnahmen blieb nicht ohne Einfluss auf die Rücklagenbildung der kommunalen Gebietskörperschaften. Die Zuführung in die Rücklage wurde, nach den als vorläufig anzusehenden Daten der vierteljährlichen Gemeindekassenstatistik, auf 340 Mill. Euro (– 40 %) reduziert, nachdem sie im Vorjahr noch kräftig — um 30 % — auf 566 Mill. Euro gesteigert worden war und sie

sich bereits seit 1999 oberhalb von 400 Mill. Euro bewegt hatte. Die hessischen Gemeinden haben die kräftigen Steuerereinnahmen der Jahre 1998 bis 2000 durchaus auch zur Erhöhung ihrer Rücklagen genutzt. Nachdem der Rücklagenstand im Jahr 1997 mit etwas über 1 Mrd. Euro einen Tiefpunkt erreichte, wuchs er auf fast 1,8 Mrd. Euro im Jahr 2001. Da im Gegenzug zu den im Jahr 2002 reduzierten Zuführungen in die Rücklage die Entnahmen aus den Rücklagen von 269 Mill. Euro im Jahr 2001 auf 245 Mill. Euro im Jahr 2002 ebenfalls etwas verringert wurden, könnten — hier bleiben zur gesicherten Feststellung die rechnermäßigen Ergebnisse der kommunalen Haushalte abzuwarten — im Jahr 2002 die Rücklagen erstmals das Investitionsvolumen der Kommunen erreicht und sogar übertroffen haben. □

## Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2002

### Struktur und Entwicklung auf Landesebene

Ende 2002 wurden knapp 240 000 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt gezählt, 4,3 % mehr als 2001. Damit wurde seit 5 Jahren erstmals wieder ein Anstieg registriert, sodass die Zahl der Empfänger nahezu wieder das Niveau von 1999 erreichte. Die wichtigsten Strukturen haben sich im Jahresverlauf nicht grundsätzlich verändert. Ihre Betrachtung wird durch einen Blick auf die Lebenssituation minderjähriger Empfänger von laufender Hilfe und auf die Unterschiede zwischen den Bedarfsgemeinschaften mit und ohne Kinder unter 18 Jahren ergänzt. Ausgehend vom durchschnittlichen Nettoanspruch der einzelnen Bedarfsgemeinschaften gibt eine Modellrechnung Auskunft über den durchschnittlichen jährlichen Aufwand für einen einzelnen Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Abhängigkeit von der Art der Bedarfsgemeinschaft. Im Durchschnitt lag der Aufwand bei 2834 Euro im Jahr 2002 und schwankte zwischen 1413 Euro für ein Familienmitglied im Haushalt eines Ehepaares mit 3 oder mehr Kindern und 4883 Euro für einen allein lebenden Mann. Weiterhin werden die Veränderungen des geschätzten Nettoarbeitskräftepotenzials und deren Bezug zu den Veränderungen der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger differenzierter untersucht. Im Zeitablauf legt der rein rechnerische Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen den Schluss nahe, dass mit der Wiedereingliederung eines Sozialhilfeempfängers in ein Arbeitsverhältnis auch für einen zweiten Empfänger der Anspruch entfällt, sofern die dabei erzielten Einkünfte für den Lebensunterhalt des Haushalts ausreichen. Dieses Ergebnis überrascht insofern nicht, als die durchschnittliche Größe einer Bedarfsgemeinschaft bei 2 Personen liegt.

#### Erstmals wieder Anstieg seit 1998

Zum Jahreswechsel 2002/2003 erhielten in Hessen annähernd 240 000 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunter-

halt. Dies entspricht einem Anstieg von knapp 10 000 oder 4,3 % gegenüber dem Vorjahr. Damit wurde wieder knapp das Niveau von 1999 erreicht, nachdem in den Jahren 1998 bis 2001 die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hessen konti-

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen jeweils am Jahresende

Art der Angabe	1999	2000		2001		2002			Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe
	Empfänger insgesamt	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. (-)²)	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. (-)²)	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abn. (-)²)	Anteil	
			%		%		%		
Empfänger insgesamt	242 408	233 321	-3,7	229 344	-1,7	239 189	4,3	100	3,9
und zwar									
männlich	107 281	102 966	-4,0	101 222	-1,7	106 329	5,0	44,5	3,6
weiblich	135 127	130 355	-3,5	128 122	-1,7	132 860	3,7	55,5	4,3
Ausländer	77 787	75 502	-2,9	74 680	-1,1	78 097	4,6	32,7	11,1
davon									
männlich	36 996	35 536	-3,9	34 640	-2,5	35 989	3,9	15,0	10,0
weiblich	40 791	39 966	-2,0	40 040	0,2	42 108	5,2	17,6	12,2
im Alter von . . . Jahren									
unter 3	17 089	16 389	-4,1	16 003	-2,4	16 536	3,3	6,9	9,7
3 bis unter 7	20 712	19 991	-3,5	19 538	-2,3	20 471	4,8	8,6	8,3
7 bis unter 15	39 013	37 556	-3,7	36 326	-3,3	37 116	2,2	15,5	7,3
15 bis unter 18	11 103	10 690	-3,7	10 588	-1,0	11 126	5,1	4,7	5,9
unter 18 zusammen	87 917	84 626	-3,7	82 455	-2,6	85 249	3,4	35,6	7,6
18 bis unter 21	9 034	8 528	-5,6	8 147	-4,5	8 599	5,5	3,6	4,5
21 bis unter 25	11 384	10 995	-3,4	11 434	4,0	12 521	9,5	5,2	4,6
25 bis unter 30	17 149	15 707	-8,4	15 420	-1,8	16 260	5,4	6,8	4,6
30 bis unter 40	40 253	37 189	-7,6	35 857	-3,6	37 120	3,5	15,5	3,6
40 bis unter 50	27 712	26 634	-3,9	26 560	-0,3	28 385	6,9	11,9	3,0
50 bis unter 60	20 154	19 698	-2,3	19 315	-1,9	20 345	5,3	8,5	2,7
60 bis unter 65	10 303	10 807	4,9	10 819	0,1	10 676	-1,3	4,5	2,6
65 oder älter	18 502	19 137	3,4	19 337	1,0	20 034	3,6	8,4	1,9

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Gegenüber dem Vorjahr.

nuierlich zurückgegangen war. Dieser Rückgang vor 1999 war nicht zuletzt durch legislative Maßnahmen wie die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Einführung der Pflegeversicherung ausgelöst worden, sodass sich die vergleichende Darstellung in diesem Beitrag auf die Jahre 1999 bis 2002 beschränkt, einem Zeitraum ohne legislative Maßnahmen mit direkten Auswirkungen auf die Höhe der Empfängerzahlen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Sozialhilfequote, das ist der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in Prozent, stieg am Jahresende 2002 auf 3,9 % der Bevölkerung, nach 3,8 % im Vorjahr, sodass gut jeder 25. Hesse zumindest ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt. Unter den Sozialhilfeempfängern waren 435 Personen, denen diese Hilfeart innerhalb einer Einrichtung gewährt wurde. Diese Personen-Gruppe, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr um gut ein Drittel verringerte, bleibt bei den nachfolgenden Betrachtungen unberücksichtigt. Dargestellt werden die Ergebnisse für Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die Strukturdaten der Empfänger haben sich in den Jahren seit 1999 nur unwesentlich verändert, weil die Zu- und Abgänge in den vergangenen vier Jahren für die einzelnen Bevölkerungsgruppen nahezu ausgeglichen waren. Die nach wie vor größte Empfängergruppe bilden die Frauen, gefolgt von den Minderjährigen und den Nichtdeutschen:

- Frauen stellen 56 % der Empfänger; mit einem Anteil von 4,3 % an der weiblichen Bevölkerung beanspruchen sie auch relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 3,6 %.
- Minderjährig sind 36 % der Empfänger; sie erhalten mit einer Quote von 7,6 % annähernd doppelt so oft Sozialhilfe wie der Bevölkerungsdurchschnitt (3,9 %) und viermal so

oft wie Personen im Rentenalter mit 1,9 %. Die Sozialhilfequote ist umso höher, je jünger die Kinder sind.

- Knapp ein Drittel der Empfänger hat keine deutsche Staatsangehörigkeit; die Quote liegt bei 11,1 %, sodass jeder neunte nichtdeutsche Bürger in Hessen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhält.

Das hohe Risiko allein erziehender Frauen mit Kindern unter 18 Jahren, von Sozialhilfe abhängig zu werden, erklärt sich aus ihrer Lebenssituation, die durch die Betreuung der Kinder geprägt ist, sodass keine Tätigkeit aufgenommen werden kann, mit der ein für das Bestreiten des Lebensunterhalts ausreichendes Einkommen erzielt wird. Die Hälfte aller minderjährigen Sozialhilfeempfänger lebte nämlich bei ihren allein erziehenden Müttern, nur jedes dritte Kind in einer klassischen Familie. Dabei waren in Haushalten allein erziehender Mütter häufiger jüngere Kinder anzutreffen, während es umgekehrt bei Ehepaaren meist ältere Kinder waren (siehe auch Schaubild auf Seite 185).

### Dauer der Hilfestellung auf 3 Jahre und 3 Monate gestiegen

Die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds im Jahr 2002 hat sich verlängernd auf die Bezugsdauer der Sozialhilfe ausgewirkt. Sie lag bei den Bedarfsgemeinschaften in der Zusammensetzung am Jahresende 2002 im Durchschnitt bei 3 Jahren und knapp 3 Monaten, fast 2 Monate länger als 2001. Sowohl die Zahl der Haushalte von Kurzeitempängern, die weniger als 12 Monate Sozialhilfe bezogen, als auch die Zahl der Langzeitempänger mit einer Bezugsdauer von wenigstens 5 Jahren war per Saldo gestiegen, was deren Anteil an allen Empfängern um 1,2 bzw. 2,1 % erhöhte. Knapp jeder dritte Empfängerhaushalt gehörte zu den Kurzeitempängern, jeder vierte zu den Langzeitempängern.

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002

Gliederung	Bedarfsgemeinschaften			Durchschnittliche Dauer der Hilfestellung		
	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme ( - ) gegenüber Vorjahr in %	Monate je Bedarfsgemeinschaft	darunter mit einer bisherigen Bezugsdauer von	
					weniger als 1 Jahr	5 Jahren oder mehr
					%	
Bedarfsgemeinschaften (BG) insgesamt	125 054	100	4,3	38,7	32,8	25,9
darunter						
Ehepaare ohne Kinder	10 220	8,2	5,3	44,8	26,6	33,0
Ehepaare mit Kindern <sup>2)</sup>	12 855	10,3	4,7	23,3	46,9	10,7
mit einem Kind	4 749	3,8	6,3	21,8	51,6	10,0
mit 2 Kindern	4 239	3,4	3,4	22,9	47,5	10,7
mit 3 oder mehr Kindern	3 867	3,1	4,0	25,5	40,4	11,6
einzelnen nachgewiesene Haushaltsvorstände	52 887	42,3	4,0	48,8	25,8	36,7
männlich	25 621	20,5	6,3	41,7	30,3	30,9
weiblich	27 266	21,8	1,9	55,4	21,7	42,2
allein erziehende Frauen mit Kindern <sup>2)</sup>	25 974	20,8	3,1	30,2	34,2	15,4
mit einem Kind	14 010	11,2	3,8	29,9	34,9	15,1
mit 2 Kindern	8 218	6,6	1,2	31,8	32,0	17,3
mit 3 oder mehr Kindern	3 746	3,0	4,5	27,8	36,6	12,4

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren.

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
und durchschnittliche monatliche Beträge nach Typ der Bedarfsgemeinschaft**

Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaften insgesamt		Zunahme gegenüber Vorjahr	Personen je Bedarfsgemeinschaft	Bruttobedarf insgesamt	darunter						Hochgerechnete Jahresausgaben 2002 <sup>2)</sup>		
	Anzahl	%				Bruttokaltmiete		angerechnetes Einkommen		Nettoanspruch		Mrd. Euro	Euro je Empfänger	
			Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>	Euro	% <sup>3)</sup>						
Bedarfsgemeinschaft mit														
deutschem Haushaltsvorstand	90 266	72,2	3,8	1,8	829	293	35,4	401	48,4	427	51,6	462,9	2 897	
nichtdeutschem Haushaltsvorstand	34 788	27,8	5,5	2,3	972	345	35,5	457	47,0	515	53,0	215,0	2 708	
<b>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</b>	<b>125 054</b>	<b>100</b>	<b>4,3</b>	<b>1,9</b>	<b>869</b>	<b>308</b>	<b>35,4</b>	<b>417</b>	<b>48,0</b>	<b>452</b>	<b>52,0</b>	<b>677,9</b>	<b>2 834</b>	
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand	107 213	85,7	4,3	2,0	920	333	36,2	448	48,6	473	51,4	608,2	2 883	
Ehepaare ohne Kind(er)	10 220	8,2	5,3	2,0	956	341	35,7	459	48,1	496	51,9	60,9	2 977	
Ehepaare mit Kindern <sup>4)</sup>	12 855	10,3	4,7	4,1	1 463	460	31,4	856	58,5	608	41,5	93,7	1 771	
mit einem Kind	4 749	3,8	6,3	3,0	1 176	391	33,2	604	51,3	573	48,7	32,6	2 291	
mit 2 Kindern	4 239	3,4	3,4	4,0	1 426	454	31,8	828	58,1	598	41,9	30,4	1 793	
mit 3 oder mehr Kindern	3 867	3,1	4,0	5,6	1 857	553	29,8	1 195	64,4	662	35,6	30,7	1 413	
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	4 392	3,5	13,5	3,1	1 205	397	33,0	671	55,7	534	44,3	28,2	2 097	
ohne Kind(er)	1 743	1,4	12,3	2,0	943	334	35,4	464	49,2	479	50,8	10,0	2 875	
mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	2 649	2,1	14,4	3,8	1 378	439	31,8	807	58,6	571	41,4	18,1	1 825	
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände	52 887	42,3	4,0	1,0	625	264	42,2	235	37,6	390	62,4	247,5	4 679	
männlich	25 621	20,5	6,3	1,0	593	243	41,0	186	31,3	407	68,7	125,1	4 883	
weiblich	27 266	21,8	1,9	1,0	655	283	43,2	281	42,9	374	57,1	122,4	4 488	
Allein erziehende Männer mit Kind(ern) <sup>4)</sup>	885	0,7	3,3	2,6	1 139	395	34,6	608	53,4	531	46,6	5,6	2 481	
Allein erziehende Frauen mit Kindern <sup>4)</sup>	25 974	20,8	3,1	2,7	1 184	396	33,5	631	53,3	553	46,7	172,4	2 499	
mit einem Kind	14 010	11,2	3,8	2,0	988	356	36,1	479	48,5	509	51,5	85,6	3 054	
mit 2 Kindern	8 218	6,6	1,2	3,0	1 297	419	32,3	735	56,7	562	43,3	55,4	2 247	
mit 3 oder mehr Kindern	3 746	3,0	4,5	4,4	1 671	497	29,8	973	58,2	698	41,8	31,4	1 926	
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	17 841	14,3	4,1	1,6	557	153	27,5	231	41,5	326	58,5	69,7	2 467	
davon														
sonstige Bedarfsgemeinschaften <sup>5)</sup>	13 017	10,4	3,9	1,0	352	85	24,0	101	28,7	251	71,3	39,2	2 982	
anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemeinschaften	4 824	3,9	4,5	3,1	1 108	337	30,4	582	52,5	526	47,5	30,5	2 018	

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Anzahl der Bedarfsgemeinschaften x Nettoanspruch x 12. — 3) Anteil am Bruttobedarf. — 4) Kinder unter 18 Jahren. — 5) Z. B. Bedarfsgemeinschaften mit voll- und minderjährigen Haushaltsangehörigen bzw. einzeln nachgewiesene voll- und minderjährige Haushaltsangehörige.

Besonders betroffen waren allein stehende Frauen, deren Bezugsdauer sich um gut 3 Monate auf 4 Jahre und 7 Monate erhöhte. Für diese Bevölkerungsgruppe errechnete sich mit 42 % auch der höchste Anteil der Langzeitempfänger. Unter dem Durchschnitt lag die Bezugsdauer der Ehepaare mit Kindern (2 Jahre) und auch der allein erziehender Frauen mit Kindern (2 Jahre und 6 Monate), wobei der Stand gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert war. Knapp die Hälfte (47 %) der Ehepaare mit Kindern war Kurzeitempfänger, während — wie im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften — ein Drittel der allein erziehenden Frauen mit Kindern weniger als 12 Monate Sozialhilfe bezogen hatte.

### Monatlicher Durchschnittsanspruch zurückgegangen

Im Durchschnitt errechnete sich im Jahr 2002 für eine Bedarfsgemeinschaft ein monatlicher Bruttobedarf von 869 Euro, von dem 35 % auf die Bruttokaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von rund 417 Euro wurden durchschnittlich 452 Euro monatlich je Haushalt ausbezahlt, 52 % des Bruttobedarfs. Diese durchschnittliche Auszahlungsquote schwankt zwischen den einzelnen Bedarfsgemeinschaften beträchtlich. Am höchsten war sie mit 71 % bei den sonstigen Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand, deren Mitglieder häufig keine eigenen Einkünfte besitzen. Es folgen allein stehende Männer mit 69 % und allein stehende Frauen mit 57 %. Grundsätzlich gilt, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und entsprechend vielfältiger werdenden Einkommensquellen die Quote sinkt. Bei Ehepaaren mit 3 oder mehr Kindern betrug sie nur noch 36 %.

Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand erhalten einen höheren monatlichen Auszahlungsbetrag, der auch als Nettoanspruch bezeichnet wird. Er ist durch die Größe dieser Gemeinschaften begründet, die bei 2,3 Personen lag, im Gegensatz zu 1,9 Personen im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften.

Aus den durchschnittlich ausgezahlten monatlichen Beträgen lässt sich der jährliche Gesamtaufwand und damit auch der unterschiedliche Aufwand für die Mitglieder der einzelnen Bedarfsgemeinschaften abschätzen. Im Jahr 2002 stieg der Aufwand für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen unterdurchschnittlich, das heißt, er legte 3,3 % zu, während die Zahl der Empfänger um 4,3 % wuchs. Im Durchschnitt wurden von den Trägern der Sozialhilfe 2834 Euro je Sozialhilfeempfänger im Jahr ausgegeben, 26 Euro weniger als 2001. In der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit bzw. nach Haushaltstyp ergibt sich folgendes Bild: Die Empfänger in Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand haben im Jahr rechnerisch mit etwa 2900 Euro knapp 190 Euro mehr erhalten als die Empfänger in Haushalten mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand. Der geringste Aufwand errechnet sich mit 1413 Euro für ein Familienmitglied im Haushalt eines Ehepaars mit 3 oder mehr Kindern unter 18 Jahren, der höchste Aufwand für einen allein lebenden Mann mit 4883 Euro. Dieser Betrag ist damit etwa dreieinhalb mal so hoch wie in der Bedarfsgemeinschaft mit dem geringsten Aufwand.

Innerhalb eines Jahres ist der monatliche Auszahlungsbetrag trotz eines leicht gestiegenen Bruttobedarfs (+ 6 Euro) ge-

Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
nach ausgewählten Einkommens- und Haupteinkommensarten

Art der Angabe	Bedarfsgemeinschaften					
	Anzahl	%	ohne Kind(er) <sup>2)</sup>		mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften	125 054	100	76 193	100	48 861	100
davon						
ohne Einkünfte	20 520	16,4	19 322	25,4	1 198	2,5
mit Einkünften	104 534	83,6	56 871	74,6	47 663	97,5
und zwar						
Wohngeld	66 638	63,7	36 196	63,6	30 442	63,9
Kindergeld	52 324	50,1	6 658	11,7	45 666	95,8
unselbstständige Arbeit	23 910	22,9	9 826	17,3	14 084	29,5
Rente <sup>3)</sup>	18 981	18,2	17 134	30,1	1 847	3,9
Arbeitslosenunterstützung <sup>4)</sup>	12 860	12,3	6 797	12,0	6 063	12,7
sonstige Einkünfte	11 797	11,3	5 996	10,5	5 801	12,2
private Unterstützung	10 717	10,3	1 590	2,8	9 127	19,1
mit Haupteinkommensart						
Wohngeld	27 903	26,7	20 039	35,2	7 864	16,5
Kindergeld	25 624	24,5	4 233	7,4	21 391	44,9
Rente <sup>5)</sup>	17 031	16,3	15 877	27,9	1 154	2,4
unselbstständige Arbeit	16 944	16,2	7 619	13,4	9 325	19,6
Arbeitslosenunterstützung <sup>4)</sup>	8 573	8,2	5 445	9,6	3 128	6,6
private Unterstützung	3 955	3,8	795	1,4	3 160	6,6
sonstige Einkünfte	3 696	3,5	2 429	4,3	1 267	2,7

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren. — 3) Bedarfsgemeinschaften mit mehrfachem Rentenbezug in einer Bedarfsgemeinschaft werden nur einmal gezählt. — 4) Summe der Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. — 5) Summe der Bezieher/-innen von Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente, Altersrente, Hinterbliebenenrente, Versorgungsbezügen und Renten aus betrieblicher Altersversorgung.

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> am 31.12.2002  
und Angaben über ausgewählte besondere soziale Situationen der Hilfewährung**

Art der Angabe	Fälle		davon			
			ohne Kind(er) <sup>2)</sup>		mit Kind(ern) <sup>2)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften	125 054	100	76 193	100	48 861	100
darunter ohne Angabe	2 219	1,8	1 284	1,7	935	1,9
Angaben zur besonderen sozialen Situation <sup>3)</sup>	128 285	100	77 494	100	50 791	100
darunter						
Trennung, Scheidung	14 824	11,6	4 708	6,1	10 116	19,9
Geburt eines Kindes	3 882	3,0	172	0,2	3 710	7,3
Suchtabhängigkeit	2 668	2,1	2 404	3,1	264	0,5
ohne eigene Wohnung	6 862	5,3	4 989	6,4	1 873	3,7
sonstige soziale Gründe <sup>4)</sup>	5 389	4,2	3 561	4,6	1 828	3,6
andere Gründe	94 660	73,8	61 660	79,6	33 000	65,0

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren. — 3) Je Bedarfsgemeinschaft sind bis zu zwei Angaben möglich. — 4) Summe der Bedarfsgemeinschaften mit den besonderen sozialen Situationen „Tod eines Familienmitglieds“, „Freiheitsentzug oder Haftentlassung“, „Unterbringung eines Familienmitglieds in einer stationären Einrichtung“, „Überschuldung“.

ringfügig um 4 Euro zurückgegangen. Dies ist auf ein um 10 Euro erhöhtes anrechenbares Einkommen zurückzuführen, obwohl gleichzeitig die Zahl der Haushalte ohne jedes Einkommen per Saldo etwas stärker als die Gesamtzahl aller Bedarfsgemeinschaften stieg und am Jahresende 2002 bei 20 520 lag, was einem Anteil von 16 % entspricht. Da sich die anrechenbaren Einkünfte überwiegend aus vorrangig auszubehandelnden anderen Sozialleistungen zusammensetzen, stellt dieser Rückgang keine Entlastung der öffentlichen Kassen dar. Knapp zwei Drittel der Bedarfsgemeinschaften mit Einkünften hatten Wohngeld bekommen, die Hälfte Kindergeld und noch jeder achte Haushalt Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Die Zahl der Gemeinschaften mit einem Anspruch auf diese Leistungsarten<sup>1)</sup> war absolut und relativ gestiegen, während die Zahl der Bezieher von anderen Einkünften zurückgegangen war: so etwa aus einer Voll- bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit, der in mindestens jeder fünften Bedarfsgemeinschaft zumindest eine Person nachging, sowie aus Renten, privaten Unterstützungen usw.

Die Rangfolge der Einkommensarten als Haupteinkommen weicht nur in zwei Punkten von der Reihung nach der generellen Häufigkeit des Bezugs ab: Renten waren geringfügig häufiger Haupteinkommen als Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit, ebenso die private Unterstützung etwas häufiger als sonstige Einkünfte. Unterschiede in der Bedeutung zeigen sich bei der Untergliederung nach Haushalten ohne Kinder und Haushalten mit Kindern. Nur 2,5 % der letztgenannten Haushalte sind ohne Einkünfte, wichtigste Einkommensquelle ist das Kindergeld, gefolgt von Wohngeld und unselbstständiger Arbeit. Privaten Unterhalt erhielt jede fünfte Bedarfsgemeinschaft mit Kindern. Jeder vierte Haushalt ohne Kinder ist ohne Einkommen, ansonsten liegt hier wie

im Durchschnitt aller Haushalte das Wohngeld an der Spitze, gefolgt von der Rente und dem Einkommen aus unselbstständiger Arbeit.

**Mehr als ein Drittel der Haushalte mit Kindern sehen eine besondere soziale Situation als Ursache ihres Sozialhilfebezugs**

Für eine statistische Analyse der Ursachen des Bezugs von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen eignen sich in gewissem Umfang die Angaben der Haushalte zu besonderen sozialen Situationen, die nach deren Meinung ursächlich für den Hilfeantrag waren. Abgesehen davon, dass knapp 2 % der Haushalte keine Angaben zu besonderen sozialen Situationen und gut 4 % noch eine zweite Angabe gemacht hatten, bezogen sich gut 26 % der Nennungen auf Ursachen im persönlichen Umfeld der Empfänger. Trennung und Scheidung sind als häufigste Ursache genannt, gefolgt vom Fehlen einer eigenen Wohnung und der Geburt eines Kindes. Dabei unterscheiden sich die Aussagen der Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder von denen mit Kindern. So macht nur jede fünfte Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder Angaben zur besonderen sozialen Situation, nahezu gleich häufig werden das Fehlen einer eigenen Wohnung und Trennung oder Scheidung genannt, der erste Grund überwiegend von allein stehenden Männern, der zweite von allein stehenden Frauen. Dagegen machte mindestens jede dritte Bedarfsgemeinschaft mit Kindern unter 18 Jahren Angaben zur besonderen sozialen Situation. Am häufigsten wurden Trennung und Scheidung sowie die Geburt eines Kindes als Ursache für die Inanspruchnahme von laufender Hilfe genannt. Diese Nennungen stammen überwiegend von allein erziehenden Frauen mit Kindern, die nach einer Trennung oder Scheidung bzw. nach der Geburt eines Kindes ihren Lebensunterhalt nur noch mit staatlicher Hilfe bestreiten konnten.

1) Die Novellierung des Wohngeldgesetzes zum 1.1.2001 hat den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert, was sich auf Grund der Antragsfristen erst im Jahr 2002 in der Statistik niederschlägt.

**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 15 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach Erwerbsstatus**

Art der Angabe	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		in BG <sup>2)</sup> ohne Kind(er) <sup>3)</sup>		in BG <sup>2)</sup> mit Kind(ern) <sup>3)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>I n s g e s a m t</b>	145 032	100	83 831	100	47 813	100	68 715	100	76 317	100
davon										
erwerbstätig	15 367	10,6	9 070	10,8	5 179	10,8	6 215	9,0	9 152	12,0
davon										
vollzeit	6 592	4,5	2 589	3,1	2 495	5,2	2 732	4,0	3 860	5,1
teilzeit	8 775	6,1	6 481	7,7	2 684	5,6	3 483	5,1	5 292	6,9
arbeitslos	59 234	40,8	25 169	30,0	17 908	37,5	36 311	52,8	22 923	30,0
davon										
Empfänger von Arbeitslosengeld	19 638	13,5	7 826	9,3	6 138	12,8	10 225	14,9	9 413	12,3
Empfänger von Arbeitslosenhilfe	39 596	27,3	17 343	20,7	11 770	24,6	26 086	38,0	13 510	17,7
nicht erwerbstätig	70 431	48,6	49 592	59,2	24 726	51,7	26 189	38,1	44 242	58,0
davon wegen										
Aus- und Fortbildung	9 676	6,7	5 032	6,0	3 462	7,2	2 779	4,0	6 897	9,0
häuslicher Bindung	23 830	16,4	23 446	28,0	8 067	16,9	1 421	2,1	22 409	29,4
Krankheit	12 719	8,8	6 420	7,7	2 841	5,9	10 769	15,7	1 950	2,6
Alter	2 246	1,5	1 434	1,7	985	2,1	2 083	3,0	163	0,2
sonstiger Gründe	21 960	15,1	13 260	15,8	9 371	19,6	9 137	13,3	12 823	16,8

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Bedarfsgemeinschaft. — 3) Kinder unter 18 Jahren.

### Arbeitslosigkeit häufigster Grund

Für alle Empfänger laufender Hilfe im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren — sie machen 61 % aller Sozialhilfeempfänger aus — liegen Angaben zu ihrem Erwerbsstatus vor, die zusätzliche Aussagen über die Ursachen des Sozialhilfebezugs zulassen. Gegenüber dem Jahresende 2001 war die Zahl dieser Personengruppe um 5 % gewachsen. Überdurchschnittlich, nämlich um knapp 10 %, war die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Unter diesen war eine deutliche Zunahme (14 %) der Empfänger von Arbeitslosengeld zu beobachten, was sich auch im oben berichteten Anwachsen der Kurzzeitempfänger niederschlug.

Die Einkünfte aus einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung reichen für 10 % der Sozialhilfeempfänger nicht zur Bestrei-

tung des Lebensunterhalts aus. Von Arbeitslosigkeit betroffenen und ohne ausreichende Lebensgrundlage durch die entsprechenden Leistungen waren 41 %; als nicht erwerbstätig waren 49 % gemeldet. Als häufigster Grund für die Nichterwerbstätigkeit wurde die häusliche Bindung angeführt, vor allem von Empfängerinnen, die als allein erziehende Frauen ihre Kinder unter 18 Jahren betreuen. Unter den Empfängern, die in Haushalten ohne Kinder unter 18 Jahren leben, wurde Krankheit als häufigster Grund für die Nichterwerbstätigkeit genannt.

### Qualifizierte schulische und berufliche Abschlüsse schützen nicht mehr vor Hilfsbedürftigkeit

Vom Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger 2002 gegenüber 2001 war die Gruppe der 15- bis unter 65-Jährigen mit

**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 15 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss**

Schulabschluss	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		Erwerbstätige		Arbeitslose	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Z u s a m m e n</b>	145 032	100	83 831	100	47 813	100	15 367	100	59 234	100
davon										
in schulischer Ausbildung	11 517	7,9	5 752	6,9	4 312	9,0	128	0,8	362	0,6
mit Abschluss	86 811	59,9	50 739	60,5	21 646	45,3	10 825	70,4	43 153	72,9
Volks-/Hauptschulabschluss	52 333	36,1	30 035	35,8	11 380	23,8	6 461	42,0	26 071	44,0
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	20 006	13,8	12 966	15,5	4 336	9,1	2 526	16,4	9 765	16,5
Fachhochschul- oder Hochschulreife	11 206	7,7	6 040	7,2	4 706	9,8	1 364	8,9	5 758	9,7
sonstiger Schulabschluss	3 266	2,3	1 698	2,0	1 224	2,6	474	3,1	1 559	2,6
ohne Abschluss oder Abschluss unbekannt	46 704	32,2	27 340	32,6	21 855	45,7	4 414	28,7	15 719	26,5
davon										
kein Schulabschluss	15 326	10,6	9 158	10,9	7 069	14,8	1 541	10,0	6 060	10,2
unbekannt	31 378	21,6	18 182	21,7	14 786	30,9	2 873	18,7	9 659	16,3

1) Außerhalb von Einrichtungen.



**Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt<sup>1)</sup> im Alter von 18 bis unter 65 Jahren  
am 31.12.2002 nach höchstem beruflichem Abschluss**

Beruflicher Abschluss	Empfänger insgesamt		und zwar							
			weiblich		Nichtdeutsche		Erwerbstätige		Arbeitslose	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Z u s a m m e n</b>	133 906	100	78 413	100	43 679	100	15 150	100	58 794	100
davon										
noch in beruflicher Ausbildung	1 913	1,4	1 168	1,5	441	1,0	629	4,2	322	0,5
mit Abschluss	44 680	33,4	24 243	30,9	10 822	24,8	5 357	35,4	24 110	41,0
Lehre <sup>2)</sup>	32 886	24,6	17 278	22,0	6 652	15,2	3 969	26,2	17 845	30,4
davon										
abgeschl. Lehre in kaufmänn. Beruf	10 544	7,9	7 848	10,0	1 689	3,9	1 423	9,4	4 834	8,2
abgeschl. Lehre in gewerblich-techn. o. a. Beruf	22 342	16,7	9 430	12,0	4 963	11,4	2 546	16,8	13 011	22,1
abgeschl. berufl.-schulische Ausbildung	3 263	2,4	2 208	2,8	773	1,8	397	2,6	1 648	2,8
Abschluss einer Fachschule, Meisterschule <sup>3)</sup>	1 244	0,9	637	0,8	437	1,0	161	1,1	693	1,2
Fachhochschul-, Hochschulabschluss	4 076	3,0	2 186	2,8	2 014	4,6	447	3,0	2 315	3,9
anderer berufl. Ausbildungsabschluss	3 211	2,4	1 934	2,5	946	2,2	383	2,5	1 609	2,7
ohne Abschluss oder Abschluss unbekannt	87 313	65,2	53 002	67,6	32 416	74,2	9 164	60,5	34 362	58,4
davon										
kein Ausbildungsabschluss und nicht in beruflicher Ausbildung	58 069	43,4	35 760	45,6	19 320	44,2	6 122	40,4	25 044	42,6
unbekannt	29 244	21,8	17 242	22,0	13 096	30,0	3 042	20,1	9 318	15,8

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Abgeschlossene Lehre in kaufmännischem, gewerblich-technischem o. a. Beruf. — 3) Abschluss einer Fachschule, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie.

gut 5 % stärker betroffen als die Empfänger insgesamt, wobei erstaunlicherweise die Personen mit schulischem bzw. beruflichem Abschluss besonders zulegen. Zwar ist die zuletzt genannte Personengruppe unter den Sozialhilfeempfängern noch unterrepräsentiert, die mit 10 % doppelt so starke Zunahme der Sozialhilfeempfänger mit einer über dem Hauptschulabschluss liegenden schulischen Ausbildung zeigt aber, dass eine abgeschlossene schulische bzw. berufliche Ausbildung in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht mehr unbedingt einen Schutz vor Bedürftigkeit bietet. Insgesamt führte die Entwicklung nur zu geringen strukturellen Verschiebungen. Knapp 8 % der Hilfeempfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren befanden sich noch in beruflicher Ausbildung, 60 % verfügten über einen schulischen Abschluss und ein knappes Drittel war ohne schulischen bzw. mit unbekanntem Abschluss.

Differenziert man nach dem beruflichen Abschluss, so zeigt sich, dass jeder dritte Empfänger laufender Hilfe im Alter von 18 bis unter 65 Jahren einen solchen hatte, während knapp zwei Drittel ohne eine abgeschlossene berufliche Ausbildung oder mit unbekanntem Abschluss waren. Die Bedeutung der Kategorie „unbekannte Abschlüsse“ ist 2002 absolut und relativ zurückgegangen, nicht zuletzt wegen der Aufklärungsarbeit der Sozialämter.

### 70 000 Arbeitsplätze fehlen

Um eine nachhaltige Entlastung der öffentlichen Träger der Sozialhilfe zu erreichen, wären in Hessen gegenwärtig

70 000 zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich. In dieser Größenordnung bewegt sich das geschätzte Nettoarbeitskräftepotenzial unter den Sozialhilfeempfängern. Zur Ermittlung dieser Größe werden zunächst einmal die Minderjährigen und alle Personen über 60 Jahren außer Acht gelassen. Weiterhin bleiben die Sozialhilfeempfänger unberücksichtigt, die wegen häuslicher Bindung, Krankheit, Behinderung und Alter nicht erwerbstätig sind. Die verbleibenden Empfänger bilden das Bruttoarbeitskräftepotenzial, von dem dann noch die Erwerbstätigen und Personen in Aus- und Fortbildung abgesetzt werden. Das so abgegrenzte Nettoarbeitskräftepotenzial besteht zu drei Vierteln aus Arbeitslosen, das verbleibende Viertel besteht aus Personen, die aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig sind. Die Schwierigkeiten dieser Sozialhilfeempfänger, einen Arbeitsplatz zu erhalten, macht ein Blick auf die Struktur ihrer Ausbildung in schulischer und beruflicher Hinsicht deutlich, die im Wesentlichen der Struktur der Gesamtheit der Sozialhilfeempfänger in Bezug auf diese Merkmale entspricht. Nur gut ein Drittel hat eine abgeschlossene schulische und berufliche Ausbildung, ein weiteres Drittel hat zumindest eine abgeschlossene schulische Ausbildung, und das letzte Drittel hat weder einen schulischen noch beruflichen Abschluss<sup>2)</sup>. Die Strukturen sind für deutsche und nichtdeutsche Empfänger nahezu gleich, der Anteil der nichtdeutschen Empfänger liegt wie im Durchschnitt bei einem knappen Drittel.

Gegenüber dem Jahresende 2001 hat das Nettoarbeitskräftepotenzial überdurchschnittlich um 7,3 % zugenommen, nachdem es in den Jahren 1999 bis 2001 um 6500 Personen oder 9 % zurückgegangen war. In diesem Zeitraum hatte sich parallel dazu die Gesamtzahl der Empfänger um 13 000 verringert. Angesichts der durchschnittlichen Größe einer

2) Einschl. der Empfänger mit unbekanntem schulischen bzw. beruflichen Abschlüssen.

**Abschätzung des Arbeitskräftepotenzials der Sozialhilfeempfänger<sup>1)</sup> im Alter von 18 bis unter 60 Jahren jeweils zum Jahresende**

Art der Angabe	1999		2001		Zu- bzw. Abnahme ( - ) 2001 gegenüber 1999		2002		Zu- bzw. Abnahme ( - ) 2002 gegenüber 2001	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Sozialhilfe <sup>1)</sup> insgesamt	242 408	100	229 344	100	- 13 064	- 5,4	239 189	100	9 845	4,3
./ Minderjährige <sup>2)</sup>	87 917	36,3	82 455	36,0	- 5 462	- 6,2	85 249	35,6	2 794	3,4
./ Personen über 60 Jahre	28 805	11,9	30 156	13,1	1 351	4,7	30 710	12,8	554	1,8
= Personen im Alter von 18 bis unter 60 Jahren	125 686	51,8	116 733	50,9	- 8 953	- 7,1	123 230	51,5	6 497	5,6
./ Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung	24 384	10,1	22 752	9,9	- 1 632	- 6,7	23 391	9,8	639	2,8
./ Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Alter	10 509	4,3	10 170	4,4	- 339	- 3,2	10 641	4,4	471	4,6
= Arbeitskräftepotenzial (brutto)	90 793	37,5	83 811	36,5	- 6 982	- 7,7	89 198	37,3	5 387	6,4
./ Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit)	14 161	5,8	13 873	6,0	- 288	- 2,0	14 674	6,1	801	5,8
./ Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung	4 778	2,0	4 603	2,0	- 175	- 3,7	4 430	1,9	- 173	- 3,8
= Arbeitskräftepotenzial (netto) und zwar	71 854	29,6	65 335	28,5	- 6 519	- 9,1	70 094	29,3	4 759	7,3
Arbeitslose	53 037	21,9	50 014	21,8	- 3 023	- 5,7	55 001	23,0	4 987	10,0
Nichterwerbstätige aus sonstigen Gründen	18 817	7,8	15 321	6,7	- 3 496	- 18,6	15 093	6,3	- 228	- 1,5
Personen mit abgeschl. berufl. Ausbildung	23 926	9,9	22 222	9,7	- 1 704	- 7,1	24 643	10,3	2 421	10,9
Personen ohne abgeschl. berufl. Ausbildung, aber mit abgeschl. schul. Bildung	21 016	8,7	20 643	9,0	- 373	- 1,8	22 591	9,4	1 948	9,4
Personen ohne abgeschl. berufl. Ausbildung und ohne abgeschl. schul. Bildung	26 912	11,1	22 470	9,8	- 4 442	- 16,5	22 860	9,6	390	1,7

1) Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. — 2) Kinder unter 18 Jahren.

Bedarfsgemeinschaft von zwei Personen verringert also die Arbeitsaufnahme eines Sozialhilfeempfängers rein rechnerisch betrachtet die Gesamtzahl der Empfänger um zwei Personen. Wenn diese Beobachtung verallgemeinert und hypothetisch auf alle Empfänger übertragen wird, dann könnte mit 70 000 Arbeitsplätzen die Zahl der Empfänger — zumindest statistisch betrachtet — fast um 60 % verringert wer-

den. Da für eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt eine qualifizierte berufliche Ausbildung als wesentliche Voraussetzung anzusehen ist, wäre für knapp zwei Drittel der Personen des Nettoarbeitskräftepotenzials als erste Maßnahme eine ergänzende schulische und / oder berufliche Aus- und Weiterbildung in Richtung auf einen qualifizierten Abschluss notwendig. □

## Einkommensstruktur der Haushalte 2002 nach Verwaltungsbezirken

*Die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen weist erhebliche Unterschiede in der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen auf. Am besten schnitt im Jahr 2002 der Hochtaunuskreis ab, in dem gut zwei Fünftel der Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von 2600 Euro oder mehr verfügten. Am nächsten kamen ihm die Haushalte des Main-Taunus-Kreises. Demgegenüber schnitt die Stadt Kassel am schlechtesten ab. Dort mussten fast zwei Fünftel der Haushalte mit weniger als 1300 Euro auskommen, während nur ein Fünftel über mehr als 2600 Euro verfügte. Die Erwerbslosenquote hat erwartungsgemäß eine große Auswirkung auf die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen. Der Hochtaunuskreis hatte, neben fünf anderen Verwaltungsbezirken, mit 5 % die niedrigste Erwerbslosenquote aller hessischen Verwaltungsbezirke. Demgegenüber war in der Stadt Kassel die Erwerbslosenquote mit 15 % weitaus am höchsten. Ähnlich wie die Erwerbslosenquote wirkte sich der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug auf die Einkommensstruktur aus. Dagegen hatte der Anteil der Einpersonenhaushalte nur eine geringere Auswirkung auf die Einkommensschichtung.*

Seit 1990 wurden die Ergebnisse des Mikrozensus — eine 1%-Stichprobe aller Wohnungen und Haushalte — auf der Ebene der „regionalen Anpassungsschichten“ für neun Gebiete unterhalb der Landesebene erstellt. Jetzt wird in Hessen zum ersten Mal der Versuch unternommen, einige Eckdaten für die 26 kreisfreien Städte und Landkreise nachzuweisen, und zwar für das Jahr 2002. Bei schwächer besetzten Tabellenfeldern (weniger als 50 Fälle in der Stichprobe) mussten die Angaben „ausgepunktet“ werden, da der relative Standardfehler über 20 % hinausgeht. Bei Tabellenfeldern mit 50 bis unter 100 Fällen in der Stichprobe wurden die Werte in Klammern gesetzt, da die Aussagefähigkeit dieser Werte stark eingeschränkt ist. Im Übrigen sind die nachgewiesenen Daten valide, sodass Aussagen über die Unterschiede der Einkommensstruktur und der Gründe nach Verwaltungsbezirken gemacht werden können.

### Hochtaunuskreis mit höchstem Haushaltseinkommen

Die privaten Haushalte im Gebiet des Hochtaunuskreises liegen hinsichtlich der Haushaltsnettoeinkommen hessenweit an der Spitze. Dort musste im vergangenen Jahr nur knapp ein Fünftel der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1300 Euro auskommen, während gut zwei Fünftel über 2600 Euro oder mehr verfügten. Damit lag dieser Landkreis deutlich vor der dem Main-Taunus-Kreis, in dem noch zwei Fünftel der Haushalte in der oberen Einkommensklasse lagen. Auf den nächsten Plätzen folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (38 %), der Rheingau-Taunus-Kreis (37 %), der Landkreis Offenbach (35 %) und der Wetteraukreis sowie der Landkreis Groß-Gerau (jeweils 34 %). Es handelt sich hier um im Rhein-Main-Gebiet liegende Landkreise. Mit drei Zehnteln der Haushalte im oberen Einkommensbereich lagen noch der Landkreis Bergstraße (32 %) sowie der Main-Kinzig-Kreis, der Vogelsbergkreis und die Stadt Darmstadt (jeweils 31 %) über dem Landes-

durchschnitt. Im Odenwaldkreis und in der Stadt Wiesbaden kam die Einkommensverteilung dem Landesdurchschnitt sehr nahe.

Ein wenig schlechter schnitt die Stadt Frankfurt am Main ab, in der gut ein Viertel der Haushalte über ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 1300 Euro auskommen musste, aber auch gut jeder vierte Haushalt 2600 Euro oder mehr in der Kasse hatte. Ähnlich wie in Frankfurt am Main war die Einkommensverteilung im mittelhessischen Raum (Landkreise Limburg-Weilburg, Gießen und Lahn-Dill-Kreis), wo aber bereits etwas mehr Haushalte in der unteren als in der oberen Einkommensgruppe angesiedelt waren.

Am ungünstigsten schnitt die Stadt Kassel ab. Hier mussten fast zwei Fünftel der Haushalte mit weniger als 1300 Euro auskommen, während nur ein Fünftel über mehr als 2600 Euro verfügte. Nicht viel günstiger war die Einkommenssituation in den nordhessischen Verwaltungsbezirken Werra-Meißner-Kreis, Schwalm-Eder-Kreis, Waldeck-Frankenberg sowie im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in der Stadt Offenbach. Hier lagen die Anteile der unteren Einkommensgruppe deutlich über denen in der oberen Einkommensgruppe.

### Erwerbslosenquote und Haushaltsnettoeinkommen eng korreliert

Die Erwerbslosenquote (Erwerbslose bezogen auf die Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Erwerbslose) hat erwartungsgemäß eine große Auswirkung auf die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen. Der Hochtaunuskreis hatte im April 2002 mit 5 % — neben fünf anderen Verwaltungsbezirken — die niedrigste Erwerbslosenquote und belegte bei der Einkommensstruktur der Haushalte den Spitzenplatz. Auch im Main-Taunus-Kreis, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie im Rheingau-Taunus-Kreis — alles Kreise in der

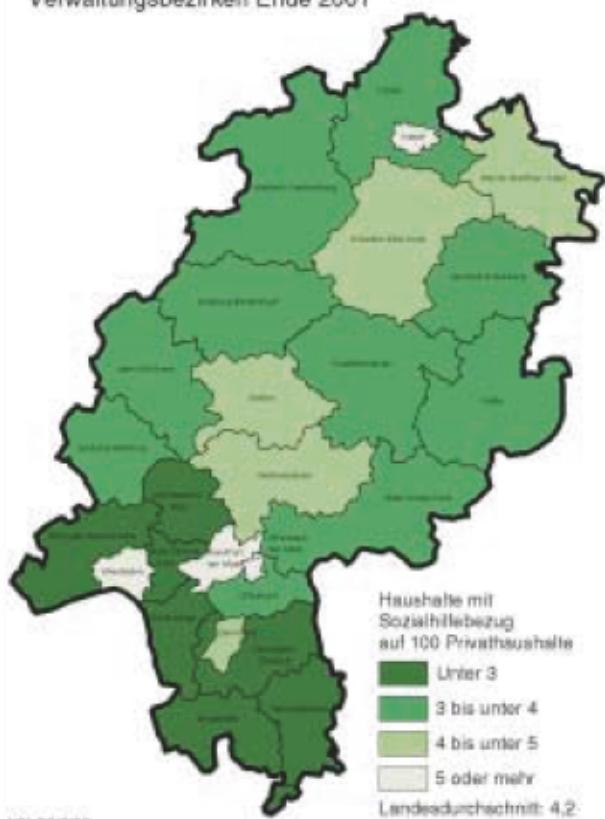
Haushalte mit 2600 Euro oder mehr  
monatlichem Nettoeinkommen  
in den Verwaltungsbezirken im April 2002



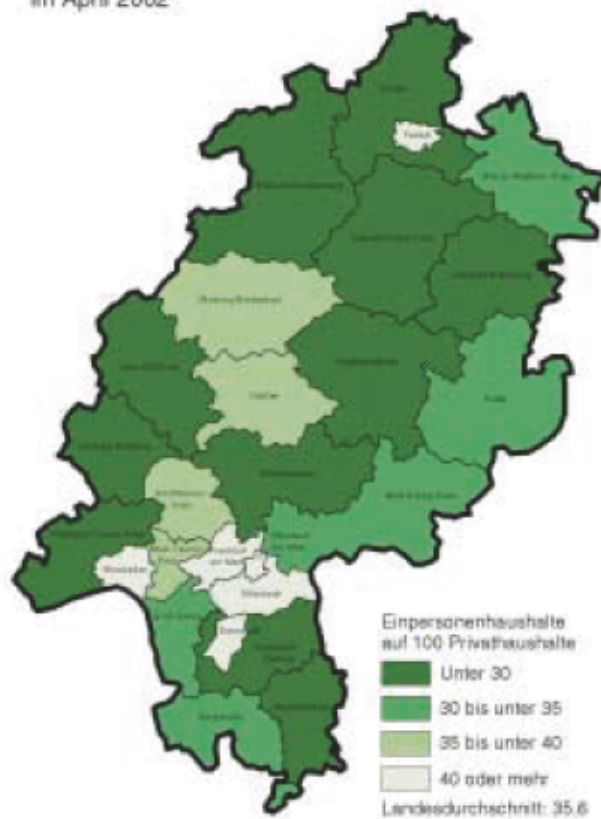
Erwerbslosenquoten  
in den Verwaltungsbezirken im April 2002



Anteile der Haushalte mit Sozialhilfebezug in den  
Verwaltungsbezirken Ende 2001



Anteile der Einpersonenhaushalte in den Verwaltungsbezirken  
im April 2002



HSL 50/3/03

Spitzengruppe nach der Einkommenshöhe — war die Erwerbslosenquote mit rund 5 % ebenfalls relativ niedrig. Nur im Landkreis Offenbach, das beim Einkommen in der obersten Einkommensgruppe lag, war die Erwerbslosenquote mit 7 % etwas höher und erreichte fast den Landesdurchschnitt. Im Allgemeinen gab es aber eine relativ gute Übereinstimmung zwischen der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens — gemessen am Anteil von einem solchen von 2600 Euro oder mehr — und der Höhe der Erwerbslosenquote, natürlich in negativer Korrelation. So hatte die Stadt Kassel die ungünstigste Einkommensstruktur und mit 15 % bei weitem die höchste Erwerbslosenquote aller hessischen Verwaltungsbezirke.

### Auch Sozialhilfebezug wirkt sich auf die Einkommensstruktur aus

Ähnlich wie die Erwerbslosenquote wirkte sich der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug auf die Einkommensstruktur der Haushalte aus. In den meisten Landkreisen im Regierungsbezirk Darmstadt lag der Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug — das sind Haushalte, in denen mindestens ein Mitglied laufende Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 erhielt — unter 3 %. In diesen Landkreisen verfügten drei Zehntel oder mehr der Haushalte über ein Haushaltsnettoeinkommen von 2600 Euro oder mehr.

Privathaushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen, Erwerbslosenquoten und Anteile der Einpersonenhaushalte sowie der Sozialhilfehaushalte im April 2002 nach Verwaltungsbezirken  
(Ergebnisse des Mikrozensus sowie der Sozialhilfestatistik)

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Privathaushalte insgesamt	davon mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen				Erwerbs- losen- quote	Anteil der Haushalte mit Sozialhilfe- bezug <sup>1)</sup>	Antei der Einper- sonen- haushalte <sup>2)</sup>
		unter 1300 Euro	1300 bis unter 2000 Euro	2000 bis unter 2600 Euro	2600 Euro oder mehr			
	1000	%						
Darmstadt, Wissenschaftsst.	70	(28,8)	25,9	14,5	30,6	(6,7)	4,9	44,9
Frankfurt am Main, St.	362	26,5	28,6	18,7	26,8	7,6	6,0	51,1
Offenbach am Main, St.	61	30,4	29,4	(15,3)	24,7	(12,3)	8,5	41,1
Wiesbaden, Landeshauptst. Bergstraße	142	29,0	25,2	16,4	29,5	9,8	7,6	44,9
Darmstadt-Dieburg	121	24,7	26,1	16,9	32,2	(6,7)	2,8	30,0
Groß-Gerau	122	20,8	23,5	17,5	38,2	(5,4)	2,8	27,2
Hochtaunuskreis	116	23,0	26,4	16,9	33,7	(7,2)	2,5	33,1
Main-Kinzig-Kreis	108	18,9	22,5	14,9	43,7	(5,2)	2,5	35,1
Main-Taunus-Kreis	184	24,4	25,6	18,6	31,4	7,4	3,4	31,7
Odenwaldkreis	108	20,0	22,7	16,8	40,5	.	2,0	35,7
Offenbach	42	(20,8)	27,8	(21,9)	29,6	.	2,4	25,5
Rheingau-Taunus-Kreis	158	21,4	26,7	16,6	35,4	6,8	3,2	41,1
Wetteraukreis	83	23,5	22,8	17,1	36,7	.	2,4	29,4
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 26	26,5	22,3	16,9	34,1	7,9	4,0	29,3
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 804	24,4	25,5	17,3	32,7	7,0	4,1	37,3
Gießen	121	31,4	24,8	16,7	27,2	(6,1)	4,4	39,3
Lahn-Dill-Kreis	113	28,9	27,0	17,4	26,8	(6,9)	3,3	28,6
Limburg-Weilburg	74	29,6	26,1	15,8	28,5	.	3,8	29,1
Marburg-Biedenkopf	117	37,3	23,6	15,0	24,1	8,7	3,0	38,9
Vogelsbergkreis	52	29,1	24,9	(15,0)	31,0	.	3,5	25,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	477	31,7	25,4	16,2	26,9	6,9	3,6	33,8
Kassel, documenta-St.	98	39,0	27,5	14,1	19,3	15,3	10,5	44,7
Fulda	91	31,9	23,5	19,2	25,5	(8,3)	3,8	31,8
Hersfeld-Rotenburg	53	27,5	28,4	(18,9)	25,2	.	3,7	24,0
Kassel	110	25,8	26,9	18,6	28,7	(7,8)	3,6	28,1
Schwalm-Eder-Kreis	82	29,9	23,8	23,3	23,1	(9,8)	4,5	28,8
Waldeck-Frankenberg	71	29,4	25,0	20,9	24,5	(6,0)	3,4	25,4
Werra-Meißner-Kreis	54	33,6	24,8	19,9	21,9	.	4,0	33,4
Reg.-Bez. K a s s e l	559	31,0	25,9	18,9	24,2	8,8	5,0	31,5
Land H e s s e n	2 840	27,0	25,5	17,4	30,1	7,3	4,2	35,6
davon								
kreisfreie Städte	733	29,2	27,3	16,9	26,5	9,3	7,0	47,7
Landkreise	2 107	26,2	24,9	17,5	31,4	6,7	3,3	31,3

1) Mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001. — 2) An den Privathaushalten insgesamt.

Demgegenüber bezogen in den Landkreisen Mittel- und Nordhessens im Allgemeinen zwischen 3 und 4 % aller Haushalte Sozialhilfe. Nach der Einkommensstruktur waren diese Landkreise stärker in der untersten Einkommensgruppe anzutreffen. In den kreisfreien Städten lag der Anteil der Sozialhilfe-Haushalte deutlich über dem Landesdurchschnitt. Am besten schnitt noch die Stadt Darmstadt ab, wo 5 % der Haushalte Sozialhilfe bezogen; diese Stadt schnitt auch bei der Einkommensstruktur am besten von allen kreisfreien Städten ab. Dagegen hatte das Schlusslicht bei der Einkommensstruktur, die Stadt Kassel, mit einem Zehntel aller Haushalte den höchsten Anteil der Sozialhilfebezieher in Hessen.

### **Anteil der Einpersonenhaushalte von geringerer Auswirkung auf das Haushaltsnettoeinkommen**

Gegenüber der Erwerbslosenquote und dem Sozialhilfebezug hat der Anteil der Einpersonenhaushalte nur eine geringere Auswirkung auf die Einkommensschichtung. Im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis bestand jeder dritte Haushalt nur aus einer Person — damit lagen sie im Mittel-

feld der hessischen Verwaltungsbezirke —, trotzdem war das Haushaltseinkommen hier am höchsten. Demgegenüber war im Landkreis Darmstadt-Dieburg und im Rheingau-Taunus-Kreis, die bei der Höhe des Haushaltseinkommens auf den Plätzen 3 und 4 liegen, der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 27 bzw. 29 % deutlich niedriger. Die höchsten Anteile der Einpersonenhaushalte wurden in den kreisfreien Städten festgestellt. Mit großem Vorsprung lag die Stadt Frankfurt am Main an der Spitze. Gut jeder zweite Haushalt bestand nur aus einer Person; das war der zweithöchste Anteil in Deutschland, knapp hinter München. Auch in den Städten Darmstadt, Wiesbaden und Kassel lag der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 45 % deutlich über dem Landesdurchschnitt (36 %). Während die Städte Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt beim Haushaltseinkommen im Mittelfeld lagen, kommt bei der Stadt Kassel zur höchsten Erwerbslosenquote und zum größten Anteil der Haushalte mit Sozialhilfebezug ein mit 45 % hoher Anteil der Einpersonenhaushalte dazu, die zusammen den mit deutlichem Abstand letzten Platz beim Haushaltsnettoeinkommen erklären. □

## **Hessische Kreiszahlen**

### **Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte**

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

**Neu:** Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe III/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

STATISTIK HESSEN

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.  
**Hessisches Statistisches Landesamt** . 65175 Wiesbaden

W-109

# Daten zur Wirtschaftslage

Für die hessische Wirtschaft ist auch im zweiten Quartal 2003 noch kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Die Entwicklung im Einzelnen: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) ging die reale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, gemessen an den preisbereinigten Auftragseingängen, um 3,9 % zurück. Auffällig ist, dass die Auslandsaufträge im zweiten Vierteljahr deutlich um 6,8 % abnahmen. Die Inlandsbestellungen gingen weniger stark zurück (- 1,8 %). Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag nur knapp auf Vorjahresniveau (- 0,2 %). Die Geschäftstätigkeit mit dem Ausland sorgte für ein noch ausgeglichenes Ergebnis. Der Beschäftigungsrückgang hielt weiter an, wenngleich sich das Tempo des Abbaus etwas verlangsamt hat. Das hessische Bauhauptgewerbe bleibt ein Sorgenkind: Die Entwicklung war im zweiten Quartal 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum durch drastische Auftragsrückgänge, sinkende Umsätze und einen anhaltenden Beschäftigtenabbau gekennzeichnet. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben im zweiten Quartal 2002 rund 1,4 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Die beantragte Fläche lag damit um knapp 5 % oder 74 000 m<sup>2</sup> unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Ebenfalls rückläufig waren die hierfür von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten. Sie erreichten einen Betrag in Höhe von 1,3 Mrd. Euro und lagen damit um rund 16 % unter Vorjahresniveau. Leicht entspannt zeigt sich die Situation im hessischen Einzelhandel, dessen Umsätze im Beobachtungszeitraum real, d. h. nach Ausschaltung von Preisveränderungen, nur wenig zurückgingen (- 0,2 %). Der Rückgang fiel damit deutlich geringer aus als im ersten Quartal 2003. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation wirkte sich deutlich auf den Arbeitsmarkt aus. In den Monaten April bis Juni 2003 wurden 242 000 Arbeitslose registriert, rund 30 600 oder gut 14 % mehr als im zweiten Quartal 2002. Gleichzeitig wurde die Kurzarbeit deutlich ausgeweitet. Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zog im zweiten Vierteljahr 2003 an. Sie stieg um 91 oder 18,3 % auf 587. Der Verbraucherpreisindex in Hessen war im zweiten Quartal 2003 nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Die durchschnittliche Teuerung ist damit auf den niedrigsten Stand seit dem zweiten Quartal 1999 gesunken.

## Verarbeitendes Gewerbe: Aufträge unter Vorjahresniveau

Nachdem die **preisbereinigten Auftragseingänge** im hessischen Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal dieses Jahres das niedrige Vorjahresniveau deutlich um 5,7 % übertroffen hatten, gab es im zweiten Quartal einen Rückgang von 3,9 %. In allen drei Quartalsmonaten wurde das Vorjahresniveau verfehlt. Bemerkenswert ist, dass die Auslandsaufträge im zweiten Vierteljahr deutlich um 6,8 % abnahmen. Hier könnten die Aufwertungseffekte des Euro eine Rolle gespielt haben. Die Inlandsorders waren weniger stark betroffen und verringerten sich nur um 1,8 %.

Die dominierende Branche des hessischen Verarbeitenden Gewerbes — die Chemische Industrie — konnte sich der Abwärtstendenz nicht entziehen. Nach einem Plus in den ersten drei Monaten gingen die Orders im zweiten Quartal um 2,3 % zurück. Die Inlandsbestellungen gaben um 2 % und die des Auslands um 2,5 % nach. Der Maschinenbau weist für das zweite Vierteljahr 2003 ein markantes Minus von 21 % aus. Dieser Rückgang ist allerdings überwiegend auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da Großaufträge im Vorjahr zu einem deutlichen Anstieg geführt hatten. So ist die Abnahmerate von 34 % bei den Auslandsaufträgen im Beobachtungszeitraum deutlich überzeichnet. Die Inlandsaufträge gingen um 5,4 % zurück. Ganz im Gegensatz dazu steht die Entwicklung bei den Herstellern von Kraftwagen und -teilen. Hier nahmen die Aufträge um 7,4 % zu. Wäh-

rend sich die Inlandsorders um 4 % verringerten, lagen die Auslandsaufträge um 19 % höher als vor Jahresfrist.

## Schwache Umsatzentwicklung

Im Jahr 2002 verzeichnete das hessische Verarbeitende Gewerbe eine rückläufige Umsatzentwicklung, da der Inlandsumsatz deutlich zurückging, und der Auslandsumsatz dies nicht kompensieren konnte. Begünstigt durch einen Basiseffekt — deutlicher Rückgang der Inlands- und Auslandsumsätze im ersten Quartal 2002 — und einen Umsatzboom im Kraftwagensektor nahmen die Fakturierungen im ersten Quartal 2003 um 6 % zu. Da erstmals in diesem Jahr im Juni der Umsatz das Vorjahresniveau verfehlte, ergab sich im gesamten zweiten Quartal dieses Jahres ein Rückgang von 0,2 % auf 20,9 Mrd. Euro. Während es im Juni erstmals seit 13 Monaten wieder einen Rückgang beim Auslandsumsatz gab, erhöhten sich die Auslandsumsätze im gesamten zweiten Quartal um 3 % auf 8,6 Mrd. Euro. In diesem Zeitraum lagen die Inlandsumsätze mit 12,3 Mrd. Euro um 2,3 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Exportquote erreichte 41 %.

Ein Fünftel der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes wurden von der Chemischen Industrie erwirtschaftet. Sie verfehlte allerdings mit einem Umsatz von 4,3 Mrd. Euro den Vorjahresstand um 1,3 %. Während die Fakturierungen mit dem Inland um 3,5 % auf 1,7 Mrd. Euro abnahmen, legte das Auslandsgeschäft leicht um 0,2 % auf 2,6 Mrd. Euro zu. Die Exportquote erreichte „stolze“ 61,3 %. Trotz eines im

### Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel <sup>5)</sup>	Preise	Arbeitsmarkt <sup>8)</sup>				
	Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs <sup>4)</sup> 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze <sup>6)</sup> 2000 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung <sup>7)</sup> 2000 = 100	Arbeitslose <sup>9)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>10)</sup>	Offene Stellen <sup>9)</sup>	Kurzarbeit (Personen) <sup>11)</sup>
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen <sup>12)</sup>												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 Mai	104,4	87,3	135,9	451 648	82,6	30 914	100,7	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	102,9	89,0	128,6	451 629	113,0	30 422	95,7	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	103,8	89,6	130,1	452 004	96,9	30 804	100,0	103,0	.	.	.	.
Juli	107,8	96,2	129,4	452 995	84,5	30 118	98,2	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 786	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1	.	.	.	.
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0	.	.	.	.
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,3	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	88,8	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	100,7	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	94,6	103,8	.	.	.	.
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,1	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	101,6	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	94,1	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,6	103,7	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>12)</sup>												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	.	- 5,5	.	.	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 1,6	- 4,1	2,2	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 1,6	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2002 Mai	0,9	- 7,6	13,2	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 3,3	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 0,1	- 2,1	2,8	- 3,6	- 4,4	- 8,4	1,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	3,0	- 2,1	10,3	- 3,2	- 11,9	- 7,4	1,1	1,2	.	.	.	.
Juli	5,1	4,5	6,1	- 3,4	3,3	- 9,5	4,2	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 2,5	- 6,9	4,4	- 3,4	- 30,3	- 9,5	0,0	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,6	- 3,3	8,6	- 3,5	- 34,9	- 8,8	3,0	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	1,5	- 1,9	6,4	- 3,4	- 24,0	- 9,3	2,4	1,0	.	.	.	.
Oktober	5,0	2,9	8,1	- 3,6	11,6	- 7,9	4,9	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	0,9	- 3,2	6,7	- 3,6	- 11,5	- 6,1	1,0	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 6,3	- 5,4	- 7,6	- 3,5	1,6	- 6,8	- 0,2	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 0,1	- 1,8	2,4	- 3,6	0,0	- 6,9	1,8	1,2	.	.	.	.
2003 Januar	6,3	- 0,1	15,4	- 3,8	- 14,7	- 8,0	- 1,6	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	- 3,5	- 6,2	- 7,8	- 1,8	1,0	12,0	.	- 21,9	- 40,6
März	4,2	0,4	9,4	- 3,3	- 17,6	- 6,5	- 3,3	0,8	14,4	.	- 22,0	- 38,0
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	- 3,5	- 13,6	- 7,5	- 2,3	0,9	.	.	.	.
April	- 5,5	- 5,8	- 5,0	- 3,3	- 31,7	- 6,9	- 0,6	0,8	15,5	.	- 19,6	12,6
Mai	- 1,1	4,7	- 8,2	- 3,2	- 9,9	- 5,9	0,9	0,6	14,1	.	- 14,4	96,4
Juni	- 5,4	- 4,0	- 7,2	- 3,3	- 26,9	- 4,9	- 1,7	0,8	13,2	.	- 15,1	109,4
2. Vj.	- 3,9	- 1,8	- 6,8	- 3,3	- 23,7	- 5,9	- 0,4	0,7	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>12)</sup>												
2002 Mai	0,2	- 5,6	8,1	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 2,9	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,4	1,9	- 5,4	0,0	36,8	- 1,6	- 5,0	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,4	2,6	11,7	- 0,8	30,5	- 0,1	3,3	0,1	.	.	.	.
Juli	4,8	8,1	0,6	0,3	- 25,2	- 1,0	2,6	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,5	- 8,6	- 10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	1,5	- 4,4	0,3	- 11,5	- 1,2	- 1,2	0,1	.	.	.	.
Oktober	5,3	9,0	0,5	- 0,6	0,5	0,2	8,8	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,9	- 5,1	0,1	- 0,5	- 10,9	- 0,3	2,7	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,4	- 11,6	- 13,5	- 0,5	2,0	- 2,5	7,7	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4. Vj.	- 1,3	- 1,3	- 1,4	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,0	- 0,1	.	.	.	.
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	- 1,3	- 35,7	- 4,2	- 20,9	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	- 2,2	- 0,0	20,5	- 1,1	- 5,8	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	2,9	3,3	2,5	- 0,1	42,1	1,4	13,4	- 0,1	- 1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	1,9	- 0,7	5,3	- 1,8	- 18,3	- 6,2	- 16,0	0,8	.	.	.	.
April	- 6,4	- 4,8	- 8,4	- 0,3	- 22,6	0,8	2,4	- 0,1	- 1,0	.	0,3	73,2
Mai	4,8	4,9	4,5	- 0,2	14,5	0,6	- 1,5	- 0,2	- 2,3	.	- 2,8	- 2,9
Juni	- 5,7	- 6,6	- 4,3	- 0,1	10,9	- 0,5	- 7,4	0,1	- 0,7	.	- 6,0	- 1,2
2. Vj.	- 3,4	- 1,2	- 6,2	- 0,6	15,4	- 1,6	5,3	- 0,1	.	.	.	.

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



Juni nur noch geringen Anstiegs erhöhten sich im gesamten zweiten Quartal die Umsätze der Hersteller von Kraftwagen und -teilen um 14 % auf knapp 3,1 Mrd. Euro. Die Inlandsumsätze nahmen um 7,8 % auf 1,5 Mrd. Euro und die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 22 % auf ebenfalls 1,5 Mrd. Euro zu. Vor allem wegen eines schlechten Juniergebnisses verfehlte der Maschinenbau im zweiten Vierteljahr das Vorjahresniveau mit 2,3 Mrd. Euro um 5,2 %. Einem deutlichen Rückgang von 11 % auf 1,1 Mrd. Euro im Inland stand ein leichter Zuwachs von 1,2 % auf 1,2 Mrd. Euro auf dem Auslandsmarkt gegenüber.

### **Beschäftigung deutlich unter Vorjahresniveau**

Die Beschäftigtenzahl des Verarbeitenden Gewerbes wird im Jahr 2003 ein weiteres Mal zurückgehen. Daran besteht schon zur Jahresmitte kein Zweifel. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsabbaus etwas verlangsamt. Während die Beschäftigtenzahl im ersten Quartal noch um 3,5 % abgenommen hatte, ging sie im Durchschnitt des zweiten Quartals um 3,3 % auf noch 437 200 zurück. Am deutlichsten unter den größten Branchen fiel der Rückgang im Maschinenbau aus, wo die Zahl der Mitarbeiter um 4,3 % auf 59 000 abnahm. Der Kraftwagensektor reduzierte seinen Personalbestand um 2,2 % auf 55 600 und die Chemische Industrie um 0,4 % auf 62 700.

### **Drastischer Auftragsrückgang im Bauhauptgewerbe, Beschäftigungsabbau wenig verlangsamt**

Schwach, schwächer, am schwächsten: So lässt sich die Auftragsentwicklung des hessischen Bauhauptgewerbes in den letzten Jahren beschreiben. Im Jahr 2000 gingen die wertmäßigen Auftragseingänge um 1,7 % zurück, 2001 um 4,4 % und im Jahr 2002 schon deutlich um 12 %. Nachdem im ersten Quartal 2003 das Vorjahresniveau um 14 % verfehlt wurde, gab es im zweiten Quartal sogar einen Auftragsrückgang von 24 %. Für die verschlechterte Situation ist vor allem der Wirtschaftshochbau verantwortlich. Die seit 2001 zu beobachtende gesamtwirtschaftliche Stagnations- bzw. Rezessionsphase hat die Nachfrage nach Büro- und Fabrikgebäuden einbrechen lassen. So erhielt der gewerbliche und industrielle Hochbau, der bereits im ersten Quartal 2003 ein Minus von 28 % ausgewiesen hatte, im zweiten Quartal 38 % weniger Aufträge. Dagegen hat sich die Abwärtstendenz im Wohnungsbau, der seit Jahren rückläufige Aufträge verzeichnet, zuletzt abgeschwächt. Nach einem Minus von noch 4 % in den ersten drei Monaten gab es im zweiten Quartal nur noch einen minimalen Rückgang von 0,1 %. Der Straßenbau hat in Hessen in den letzten Jahren stabilisierend gewirkt. Begünstigt durch größere Aufträge im März dieses Jahres gab es im ersten Quartal sogar ein deutliches Plus von 42 %. Ohne entsprechende Impulse wurde allerdings im zweiten Vierteljahr ein Rückgang von 22 % verzeichnet.

Im Gegensatz zu den Auftragseingängen werden bei den baugewerblichen Umsätzen auch die Umsätze aus Subunternehmertätigkeit einbezogen; d.h. Leistungen, die vom Subunternehmer erbracht werden, werden auch vom Generalunternehmen als Umsatz gemeldet. Nach einem Anstieg von 4 % im ersten Quartal haben die baugewerblichen Umsätze im zweiten Quartal wieder nachgegeben. Sie verfehlten mit 940 Mill. Euro das Vorjahresniveau um 3,9 %. Während beim Wohnungsbau die Umsätze von niedrigem Niveau aus um 12 % zunahmen, verringerten sie sich im gewerblichen und industriellen Bau um 12 %. Der Straßenbau, der im ersten Vierteljahr noch deutlich im Minus gelegen hatte, konnte seine Umsätze knapp um 0,4 % erhöhen.

Die Beschäftigungssituation im hessischen Bauhauptgewerbe ist nach wie vor sehr ernst. Aber die immer noch deutliche Abnahmerate hat sich etwas abgeschwächt. Nach einem Minus von 7,5 % im ersten Quartal ging die Beschäftigtenzahl — in die laufende Konjunkturstatistik sind nur Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten einbezogen — im zweiten Vierteljahr um 5,9 % auf 29 000 zurück. Überproportional betroffen waren die kaufmännischen und technischen Angestellten mit einem Rückgang von 8,8 %. Dagegen lag die Zahl der Facharbeiter und Poliere nur um 2,9 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden ging um ein Zehntel zurück.

### **Hochbauvolumen ging im zweiten Quartal 2003 zurück**

In den Monaten April bis Juni des Jahres 2003 nahm das geplante **Hochbauvolumen** von neuem ab. Die hessischen Bauaufsichtsbehörden gaben in diesem Zeitraum insgesamt rund 1,4 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Die Flächennachfrage lag damit um knapp 5 % oder 74 000 m<sup>2</sup> unter der des zweiten Quartals 2002. Die veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich im gleichen Zeitraum um rund 16 % auf 1,3 Mrd. Euro. Die Nachfrage nach neuen Flächen sowie die Investitionsbereitschaft der privaten Haushalte, die ihre Bauaktivitäten auf den Wohnbau konzentrieren, ging nach einem zwischenzeitlichen Zuwachs im ersten Vierteljahr 2003 wieder deutlich zurück. Flächenbedarf und Investitionsvolumen verringerten sich jeweils um rund ein Fünftel. Demgegenüber wurde durch die Bauherrngruppe der Unternehmen ein zusätzlicher Flächenbedarf von 54 000 m<sup>2</sup> (+ 6,8 %) angemeldet. Hauptsächlich Zielrichtung der geplanten Bautätigkeit der Unternehmen war erneut der Nichtwohnbau. Im zweiten Quartal wurde hier um Genehmigung zusätzlicher Flächen von 78 000 m<sup>2</sup> (+ 14 %) nachgesucht. Dagegen verminderte sich die Baufreigabe für Flächen im Bereich des Wohnbaus um 24 000 m<sup>2</sup> (– 11 %). Von den Unternehmen wurden die Baukosten für die geplanten Flächen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt um 12 % niedriger veranschlagt als im Vorjahresquartal. Somit ergab sich ein um 103 Mill. Euro vermindertes Kostenvo-

lumen von 743 Mill. Euro. Die dritte wichtige Bauherrengruppe, die öffentlichen Bauherren, deren Anteil am beantragten Baugeschehen dennoch nur etwas mehr als 5 % betrug, ließ sich von den Baubehörden mit 76 700 m<sup>2</sup> 4,2 % weniger neue oder umzubauende Flächen genehmigen. Die dafür veranschlagten Mittel lagen deutlich um 42 % unter denen des Vergleichszeitraumes.

Die Bilanz der Wohnbaugenehmigungen fiel im zweiten Vierteljahr 2003 erneut negativ aus. Bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden wurden 2030 neue **Wohngebäude** mit 3680 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das waren 380 Bauanträge weniger als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser gingen um 7,8 % auf 1490, für Zweifamilienhäuser um 40 % auf 310 und für Mehrfamilienhäuser um 15 % auf 225 zurück. Die Zahl der in den Mehrfamilienhäusern geplanten Wohnungen reduzierte sich noch stärker, und zwar um 24 % auf 1560. Die schwächere Nachfrage nach Wohnungen in neuen Wohngebäuden wurde von einem gleichzeitigen Rückgang um 14 % bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden begleitet. Das führte zu einer Verringerung der Gesamtzahl von zum Bau freigegebenen Wohnungen um 1150 oder 21 %. Somit wurden in den Monaten April bis Juni 4265 neue und umzubauende Wohnungen genehmigt. Die genehmigten Wohnflächen gingen im Vergleichszeitraum um 18 % von 624 000 auf 514 000 m<sup>2</sup> zurück. Die reinen Baukosten für Wohngebäude wurden mit 640 Mill. Euro veranschlagt. Sie verminderten sich um 15 %.

Im zweiten Vierteljahr 2003 wuchs das Genehmigungsvolumen im **Nichtwohnbau** bezogen auf die Nutzflächen um 7,0 % auf 754 000 m<sup>2</sup>. In diesem Vierteljahr stellte sich die Nachfrageentwicklung bei den beiden wichtigsten Gebäudearten genau diametral zum Verlauf im Vorjahr dar. Bezogen auf das damals schwache Ergebnis des Vorjahresquartals wurden Nutzflächen in Handels- und Lagergebäuden im zweiten Vierteljahr 2003 viel stärker nachgefragt. Der Anteil an der gesamten Nutzfläche machte nunmehr mit 325 000 m<sup>2</sup> über 43 % der Gesamtnutzfläche im Nichtwohnbau aus. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden dagegen hat sich der Flächenbedarf auf Grund des überdurchschnittlich hohen Wertes in den Monaten April bis Juni 2002 mehr als halbiert. Er lag im gleichen Zeitraum 2003 bei 178 000 m<sup>2</sup>. Die Baukosten für neue und umzubauende Nichtwohngebäude wurden von den Bauherren mit 681 Mill. Euro beziffert. Sie sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 17 %. Die zusätzlichen Investitionen wurden mit rund 211 Mill. Euro für Handels- und Lagergebäude vorgesehen. Da diese allerdings in der Regel weniger kostenintensiv als Büro- und Verwaltungsgebäude sind, führte die dort erfasste negative Entwicklung (– 66 %) zu dem oben beschriebenen Rückgang des Gesamtkostenvolumens.

## Einzelhandel — Licht am Ende des Tunnels?

Zwar gingen auch im zweiten Vierteljahr 2003 — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler zurück. Der Rückgang fiel jedoch mit nominal – 0,4 % deutlich geringer aus als im ersten Quartal. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar nur noch eine Abnahme von 0,2 %. Besonders positiv ragten der Heimwerkerbereich und die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören — heraus. Der erstgenannte Bereich schloss mit einem Umsatzplus von nominal und real etwa 8 % ab, letzterer hatte nominal und real gut 2 % mehr in seinen Kassen. Die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln hatten bei geringfügig niedrigerem nominalen Umsatz real 1 % mehr.

Weniger in ihren Kassen hatten die Facheinzelhändler — abgesehen von den genannten Ausnahmen — und vor allem der Versandhandel. Letzterer befand sich nominal mit knapp 12 % im Minus; real war dies ein Rückgang von etwas über 11 %.

Im hessischen Einzelhandel werden immer noch Stellen abgebaut: Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleichszeitraum um 5,5 % zurück, wobei die Zahl der Vollbeschäftigten um knapp 6 % abnahm, während sich diejenige der Teilzeitbeschäftigten im Vierteljahresvergleich um gut 5 % verringerte.

## Mehr Arbeitslose und Kurzarbeit — weniger offene Stellen

Im Verlauf des zweiten Quartals 2003 meldeten sich in Hessen 104 900 Personen arbeitslos. Das waren 7200 oder reichlich 7 % mehr als in den Monaten April bis Juni 2002. Zu nennenswerten erhöhten Arbeitslosmeldungen kam es nur bei Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 8200 oder + 18 %). Die konjunkturelle Flaute beschert vielen Unternehmen unzureichend gefüllte Auftragsbücher, sodass diese vermehrt Arbeitsverträge auslaufen lassen bzw. kündigen. Die Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren, zeigten sich dagegen nahezu unverändert (+ 100 oder + 0,2 %). Die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung nahmen sogar um 1100 oder 38 % ab, weil der Beginn der Sommerferien in Hessen sich vom Juni (2002) auf den Juli (2003) verschob.

Recht negativ machte sich die konjunkturelle Situation auch bei der Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Nur 41 600 offene Stellen wurden der hessischen Arbeitsverwaltung im zweiten Quartal offeriert, 6600 oder nahezu 14 % weniger als vor Jahresfrist. Durch das verringerte Stellenangebot war auch der Vermittlungserfolg der Arbeitsämter be-

einträchtig. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 114 500 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 10 700 oder 10 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni 2003 wurden 242 000 Arbeitslose registriert, 30 600 oder reichlich 14 % mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres. Zu diesem Anstieg der Arbeitslosigkeit gesellte sich noch eine beträchtliche Ausweitung der Kurzarbeit. Denn im zweiten Quartal 2003 waren durchschnittlich 27 000 Arbeitskräfte von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das war sowohl im Vergleich zum Vorquartal (+ 11 800 oder + 78 %) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 10 000 oder + 59 %) eine kräftige Erhöhung. Diese Zunahme ist aber im Wesentlichen auf eine im April einsetzende Arbeitszeiteinschränkung für etwa 11 000 Beschäftigte eines Luftfahrtunternehmens zurückzuführen.

### Unternehmensinsolvenzen ziehen an

Die sich auf eine moderate Zunahme der Zahl der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresanfang stützende, vage Aussicht auf eine Beruhigung der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen hat sich in Hessen im zweiten Vierteljahr dieses Jahres etwas getrübt. Hatten im ersten Vierteljahr 2003 die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen lediglich um 28 oder 5,2 % auf 562 zugenommen, so zogen sie im zweiten Quartal des Jahres um 91 oder 18,3 % auf 587 an. Zur Jahreshälfte waren in Hessen damit bereits 1149 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, 119 oder 11,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002.

Von Zunahmen der Insolvenzen gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 waren nunmehr mit Ausnahme des „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens“ — hier wurden nur 26 Unternehmensinsolvenzen gemeldet (– 12, – 32 %) — alle Wirtschaftsbereiche betroffen, wobei das Ausmaß des An-

stiegs der Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen stark variierte. Deutliche Zunahmen waren bei Dienstleistungen und im Handel festzustellen. Im Wirtschaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ kam es zu 302 Insolvenzen, 37 oder 14 % mehr als in der ersten Hälfte 2002. Bei der „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“ wurden 53 Unternehmen insolvent (+ 23, + 77 %) und im Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) 214, 20 oder 10 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Baugewerbe kam es im ersten Halbjahr 2003 zu 241 Unternehmensinsolvenzen, 13 (+ 6 %) mehr als in der ersten Hälfte des Vorjahres.

Von den von Januar bis Juni gegen 1149 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzen führten 632 oder 55 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im ersten Halbjahr 2002 hatte die Eröffnungsquote — bei 607 eröffneten Verfahren und 1030 Insolvenzen — noch bei 59 % gelegen. Damit ist in Hessen erstmals seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung im Jahr 1999 wieder ein Rückgang der Eröffnungsquote bei den Unternehmensinsolvenzen zu konstatieren.

In den im ersten Halbjahr des Jahres 2003 bei den Insolvenzgerichten gegen Unternehmen beantragten Verfahren standen voraussichtliche Forderungen in Höhe von nahezu 1,2 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 280 Mill. Euro oder rund 20 % weniger als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Deutliche Unterschiede wies bei den Unternehmen wieder das regionale Insolvenzgeschehen auf. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 bei den Insolvenzgerichten in den Landkreisen Limburg-Weilburg (+ 27, + 113 %), Vogelsbergkreis (+ 21, + 263 %) und im Hochtaunuskreis (+ 25, + 76 %) relativ am stärksten zu. Absolut stiegen die Unternehmensinsolvenzen auf Grund der höheren Unternehmensdichte im Regierungsbezirk Darmstadt (+ 106, + 16 %), und hier in Frankfurt am Main (+ 42, + 30 %), am kräftigsten. Die ausgeprägtesten Rückgänge der Unternehmensinsolvenzen wurden für die Landkreise Marburg-Biedenkopf (– 20, – 61 %) und Fulda (– 11, – 38 %) sowie den Werra-Meißner-Kreis (– 11, – 42 %) ermittelt. In den kreisfreien Städten waren die Insolvenzzahlen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Darmstadt (– 13, – 32 %), Wiesbaden (– 13, – 23 %) und Kassel (– 12, – 23 %) rückläufig, während sie in Offenbach am Main mit 27 exakt den Wert aus dem ersten Halbjahr des Vorjahres trafen.

Von den in den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen rund 8700 Beschäftigte direkt betroffen, davon 3760 in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und über 1200 in Unternehmen des Baugewerbes. In etwa der Hälfte der 1149

### Unternehmensinsolvenzen im ersten Halbjahr 2002 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	1. Halbjahr		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2002	2003	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	11	12	9,1
Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>	133	151	13,5
Baugewerbe	228	241	5,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	194	214	10,3
Gastgewerbe	55	60	9,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	63	73	15,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	265	302	14,0
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	30	53	76,7
Übrige Wirtschaftsbereiche <sup>2)</sup>	51	43	- 15,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 030</b>	<b>1 149</b>	<b>11,6</b>

1) Einschl. Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Kredit- und Versicherungsgewerbe; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

Unternehmensinsolvenzen des ersten Halbjahres 2003 (583) gab es bei dem mutmaßlich endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen keine Beschäftigten mehr und in 150 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als 10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze bangen. Knapp 5500 der 8700 von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten waren in einer der 755 in der ersten Hälfte des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften mbH beschäftigt.

### **Verbraucherpreise nur noch 0,7 % höher als vor Jahresfrist, aber niedriger als im Vorquartal**

Die Verbraucherpreise in Hessen waren im zweiten Quartal 2003 nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Die durchschnittliche Teuerung ist damit wieder auf den niedrigsten Stand seit dem zweiten Quartal 1999 gesunken, als ebenfalls 0,7 % gemessen worden waren. Im ersten Quartal 2003 hatte die entsprechende Rate noch 0,9 % und im letzten Vierteljahr 2002 1,2 % betragen. Nachdem Heizöl und Kraftstoffe im ersten Quartal die allgemeine Teuerung noch deutlich beschleunigt hatten, haben sich ihre im Jahresvergleich gemessenen Preisbewegungen im zweiten Quartal gegenseitig neutralisiert: Während Heizöl von April bis Juni jeweils billiger als im gleichen Monat des Vorjahres war, stiegen die Kraftstoffpreise. Auch ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wären die Verbraucherpreise im zweiten Quartal um 0,7 % höher als vor Jahresfrist gewesen, nachdem diese Rate im ersten Quartal auf nur noch 0,3 % gesunken war. Es hätte also — allerdings auf sehr niedrigem Niveau — eine Beschleunigung der Teuerung gegeben.

Die Preise in wichtigen Ausgabegruppen sind gesunken. So waren Kleidung und Schuhe im zweiten Quartal 2003 im Durchschnitt um 2,2 % sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,8 % billiger als ein Jahr zuvor. Für langlebige Gebrauchsgüter gingen die Preise um 1,7 % zurück (darunter für Personalcomputer und andere Informationsverarbeitungsgeräte einschl. Software und Zubehör um über 21 %) und für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 1,3 %. Nahrungsmittel waren im zweiten Quartal im Durchschnitt nur noch um 0,3 % billiger als ein Jahr zuvor, nachdem es im ersten Quartal noch – 2,2 % gewesen waren. Hinter diesen Durchschnittsraten steht eine uneinheitliche Preisentwicklung. Nahrungsmittel waren im April noch um 1,0 % und im Mai um 0,3 % billiger, im Juni aber bereits um 0,4 % teurer als im gleichen Monat des Vorjahres.

Andererseits haben sich die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) überdurchschnittlich verteuert. Im zweiten Quartal waren sie um 1,8 % höher als ein Jahr zuvor.

Die kurzfristige Preisentwicklung gegenüber dem Vorquartal war äußerst gedämpft. Im zweiten Quartal war der Verbraucherpreisindex für Hessen um 0,1 % niedriger als im ersten Quartal. Im Einzelnen war er im April um 0,1 % und im Mai um 0,2 % niedriger, im Juni aber um 0,1 % höher als im jeweiligen Vormonat.

Zu Beginn des dritten Quartals stiegen die Verbraucherpreise vergleichsweise stark, die Teuerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ging jedoch leicht zurück. Im Juli war der Verbraucherpreisindex um 0,3 % höher als im Juni und nur noch um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. □

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001	2002				2003	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>BEVÖLKERUNG</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 077,8 <sup>1)</sup>	6 091,6 <sup>1)</sup>	6 077,8	6 078,4	6 078,5	6 092,6	6 091,6	6 090,1	6 089,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	3 378	890	1 873	1 884	3 135	983	1 180
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	6,5	1,7	4,0	3,8	6,1	1,9	2,5
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	5 586	3 151	4 094	4 118	5 714	3 434	4 131
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	10,8	6,1	8,8	8,2	11,0	6,6	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	5 670	5 024	4 618	4 745	6 205	5 149	5 087
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	11,0	9,7	9,9	9,5	12,0	10,0	10,9
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	16	27	16	14	22	14	10
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	2,9	8,6	3,9	3,4	3,9	4,1	2,4
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	- 84	- 1 873	- 524	- 627	- 491	- 1 715	- 956
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 1,3	- 0,9	- 3,3	- 2,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	10 342	14 816	11 708	12 588	10 840	14 223	11 772
* darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	4 279	6 442	5 368	5 158	4 137	6 121	5 497
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	10 842	12 387	11 083	12 544	11 334	14 056	11 859
* darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	4 556	5 599	5 006	5 766	4 765	7 155	6 069
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	- 500	2 429	625	44	- 494	167	- 87
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	"	17 943	18 322	16 449	20 043	15 306	18 478	19 641	19 770	15 152
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>ARBEITSMARKT<sup>3)</sup></b>										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	209 604	209 772	214 374	244 698	239 071	237 433	248 582
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	89 678	90 359	93 520	101 801	100 116	100 016	106 630
Männer	"	110 886	122 151	119 926	119 413	120 854	142 897	138 955	137 417	141 952
* Ausländer	"	42 684	45 295	45 168	44 052	43 574	51 726	50 987	50 604	50 892
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	23 507	26 443	28 263	28 457	27 165	27 121	32 934
* Arbeitslosenquote <sup>4)</sup> insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	7,6	7,8	8,9	8,7	8,6	9,0
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	6,9	7,0	7,2	7,9	7,7	7,7	8,2
Männer	"	7,6	8,4	8,2	8,2	8,3	9,8	9,6	9,4	9,8
* Ausländer	"	14,2	15,2	15,1	14,7	14,5	17,3	17,0	16,8	16,9
* Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,4	7,2	7,7	7,7	7,5	7,5	9,1
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	13 675	12 680	7 987	27 660	26 859	26 547	20 139
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	34 658	32 843	30 243	30 489	29 650	27 885	25 942
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT<sup>5)6)</sup></b>										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt <sup>7) 8)</sup>	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 192,6	2 214,7
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	968,0	964,9	956,4	969,1
* Ausländer	"	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	227,3	225,2	226,0
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	348,2	350,7	352,6
* darunter Frauen	"	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	292,3	293,8	295,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>7)</sup>										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	13,1	14,0	14,1
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	537,7	533,3	532,3
darunter Frauen	"	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	137,4	135,8	136,0
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	112,0	114,0	115,7
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,4	14,1	14,1
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	560,4	556,0	560,8
darunter Frauen	"	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	249,1	246,7	248,6
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	472,5	470,9	477,3
darunter Frauen	"	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	216,1	214,9	217,8
* öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	507,4	504,1	514,3
darunter Frauen	"	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	344,1	341,2	348,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

## Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	6 954	5 806	4 596	6 299	5 756	5 303	3 845
Kälber	"	224	277	252	291	234	205	251	127	116
Schweine	"	95 275	85 364	91 218	83 745	79 480	78 050	68 888	67 888	64 992
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	6 548	3 658	2 222	7 195	5 387	3 441	1 881
Schlachtmenge <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	10 475	9 952	9 205	8 876	8 671	8 195	7 708
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 940	1 667	1 364	1 683	1 664	1 529	1 192
* Kälbern	"	20	22	15	11	18	18	17	13	13
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 996	7 538	7 227	6 683	6 008	6 044	5 941
Geflügel:										
* Geflügelfleisch <sup>3)</sup>	"	.	.	.	.	.	1 614	1 897	2 504	2 395
* Erzeugte Konsumeier <sup>4)</sup>	1000 St.	31 198	29 579	27 520	31 781	29 760	29 517	28 600	27 754	26 745
Milchherzeugung:										
* Kuhmilchherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	88 830	91 727	87 583	87 483	87 866	91 252	87 422
darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	85 226	88 002	84 033	84 017	84 511	87 786	84 091
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	18,0	18,0	17,8	17,8	18,5	18,6	18,4
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>5)</sup></b>										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 360	3 356	3 356	3 206	3 198	3 193	3 185
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	452,7	451,6	451,6	439,5	438,0	437,1	436,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	263,4	262,8	263,1	253,3	252,1	251,6	251,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	.	.	.	.	57 054	55 306	54 575	52 465
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	637,1	687,4	671,3	614,9	627,6	674,0	652,1
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	775,7	806,3	793,0	758,3	811,5	805,0	790,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	7 032,5	6 692,9	7 229,3	7 468,8	7 210,0	6 816,8	6 887,3
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 767,6	2 648,0	2 908,8	3 093,1	2 973,5	2 752,1	2 848,6
Exportquote <sup>6)</sup>	%	37,6	39,3	39,4	39,6	40,2	41,4	41,2	40,4	41,4
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup>										
insgesamt	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	- 2,2	- 1,6	8,7	0,9	- 0,1	4,2	- 5,5	- 1,1	- 5,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	17,1	- 6,7	4,7	2,1	- 7,0	0,8	- 5,2
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	4,6	12,4	1,2	9,4	- 2,5	- 7,3	- 6,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	- 3,8	- 30,9	3,6	0,9	- 13,9	0,9	- 16,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 4,9	3,0	- 21,0	- 0,6	- 5,5	15,6	2,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	2,2	0,7	15,5	5,2	- 9,0	1,3	- 8,5	4,8	- 2,8
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	15,4	28,5	- 0,3	- 5,9	- 19,7	- 31,4	- 6,8
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	1,1	3,0	22,3	39,6	12,8	23,2	- 11,3
Herstellung von Metallernzeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 9,4	- 3,6	2,1	- 9,4	- 1,5	- 10,0
<b>ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG</b>										
* Betriebe <sup>9)</sup>	Anzahl	95	95	95	95	95	108	108	108	108
* Beschäftigte <sup>9)</sup>	"	18 366	18 145	18 124	18 030	18 071	17 518	17 477	17 464	17 445
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>9)</sup>	1000 h	.	2 273	2 307	2 132	2 189	2 240	2 122	2 124	2 059
* Bruttolohn- und -gehaltssumme <sup>9)</sup>	Mill. EUR	62,2	62,8	61,6	57,5	63,9	58,0	60,7	56,9	63,4
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	1 902,4	1 687,1	1 991,4	...	...	...	...
<b>HANDWERK</b>										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	.	85,7	81,3	.	.	...
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	98,2	79,8	.	.	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knackeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>BAUGEWERBE</b>										
<b>Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	55,5	55,1	54,2	52,1	52,5	52,8	52,5
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	30,1	28,4	28,6	28,5	28,3	27,6	28,0	28,3	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	8,2	8,1	8,1	7,4	7,4	7,5	7,5
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,6	2,6	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 381	5 012	5 657	5 124	5 417	4 749	5 407	5 335	5 287
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 200	2 036	2 068	1 814	2 221	2 192	2 197
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 536	1 406	1 494	1 369	1 458	1 463	1 431
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 894	1 657	1 816	1 539	1 701	1 646	1 632
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	91,2	88,8	82,5	73,6	87,4	85,2	84,0
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	38,8	38,4	41,7	33,6	35,4	33,9	38,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	512,8	483,4	438,5	467,3	492,2	451,2	443,4	521,1	476,4
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	135,2	132,1	137,8	130,1	149,0	184,5	156,5
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	167,0	188,2	193,7	185,2	156,6	175,1	162,0
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	134,4	145,6	158,5	133,6	135,7	158,6	155,4
* Index des Auftragseingangs <sup>3)</sup> darunter	1995=100	95,6	83,9	95,3	82,6	113,0	84,0	65,0	74,5	82,5
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	75,8	74,1	87,1	80,0	78,3	69,1	89,4
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	82,7	55,3	88,6	54,0	42,1	53,4	59,8
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	120,2	125,2	157,3	129,1	93,9	106,9	113,2
<b>Ausbaugewerbe<sup>4)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) <sup>5)</sup>	1000	23,8	23,2	.	.	23,1	21,4	.	.	21,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 962	6 430	.	.	6 504	5 889	.	.	5 981
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	.	107,5	93,3	.	.	98,9
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	59,9	.	.	60,0	53,8	.	.	58,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	591,5	.	.	564,9	393,5	.	.	489,6
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	810	752	847	973	901	632	498
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	731	658	756	906	791	571	444
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	926	801	887	865	942	974	1 022	680	586
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	170	151	169	166	179	180	192	129	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	206 088	200 817	218 552	225 170	237 100	160 707	135 568
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	164	156	125	128	149	136	146
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m <sup>3</sup>	1 333	1 175	1 363	873	641	1 112	892	1 061	1 636
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m <sup>2</sup>	224	202	358	155	126	195	156	239	249
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	422 269	156 376	106 404	128 036	124 273	209 623	255 246
* Wohnungen insgesamt <sup>6)</sup>	Anzahl	1 817	1 627	1 723	1 830	1 925	1 754	1 975	1 323	1 108
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) <sup>6)</sup>	"	9 021	8 253	9 188	9 164	9 585	9 535	10 233	6 798	5 902
<b>GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE</b>										
<b>Großhandel<sup>7)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	91,6	.	87,5	80,4	86,9	83,8	83,5	80,6	83,8
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	93,0	.	90,3	83,1	87,7	85,2	85,8	82,4	84,7
* Beschäftigte (Index)	"	100,7	.	98,3	98,2	97,9	92,0	92,1	91,8	91,5
<b>Einzelhandel<sup>9)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	98,9	100,3	101,2	98,4	94,0	98,2	100,9	99,8	92,3
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	100,4	102,0	103,7	100,7	95,7	100,7	103,1	101,6	94,1
darunter (Einzelhandel mit)	"									
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	102,0	111,7	112,0	112,8	107,4	112,3	117,8	113,2	108,2
Apotheken <sup>11)</sup>	"	106,7	107,7	110,4	104,3	104,5	106,8	107,4	105,6	105,6
Bekleidung	"	101,0	97,4	94,2	95,7	89,5	88,0	95,3	91,4	84,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>12)</sup>	"	99,3	88,3	92,0	81,9	79,4	88,4	85,8	80,3	69,4
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>13)</sup>	"	98,0	99,0	114,1	112,1	102,8	116,3	121,4	123,4	111,6
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	96,9	97,9	97,2	96,6	92,0	91,8	91,4	92,5
<b>Kfz-Handel u. Tankstellen<sup>14)</sup></b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	.	91,7	103,7	93,4	94,2	104,4	103,3	94,6	92,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	.	93,2	105,3	94,7	95,5	106,5	105,5	96,6	94,8
* Beschäftigte (Index)	"	.	93,6	93,8	92,7	92,6	92,3	92,6	92,0	92,3
<b>Gastgewerbe</b>										
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — real	2000 = 100	97,8	89,6	95,4	92,7	93,8	87,5	81,3	90,8	87,6
* Index der Umsätze <sup>8)</sup> — nominal	"	99,5	94,4	99,5	97,6	99,6	91,9	85,3	95,3	91,9
darunter	"									
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	91,9	98,9	93,2	98,1	89,4	76,4	98,6	87,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,4	94,0	99,1	100,1	98,1	90,4	88,7	93,8	96,5
Kantinen und Caterer	"	101,2	99,0	100,0	97,5	105,3	98,5	91,8	91,2	93,8
* Beschäftigte (Index)	"	101,5	94,9	97,8	96,5	96,4	91,3	90,1	92,3	94,1

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsjahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

## Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>AUSSENHANDEL</b>										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 671,0	2 347,1	2 758,5	2 819,0	2 891,2	2 757,5	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	60,1	74,1	66,7	85,0	67,3	68,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 610,9	2 273,0	2 691,9	2 601,9	2 689,6	2 572,8	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	18,6	16,2	20,2	23,9	21,4	24,0	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	137,2	119,0	134,4	146,0	122,6	141,8	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 455,1	2 137,8	2 537,3	2 432,0	2 545,7	2 406,9	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	530,3	502,3	524,4	473,6	503,0	471,8	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 924,8	1 635,4	2 012,8	1 958,4	2 042,8	1 935,1	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	750,3	719,8	736,6	706,5	766,3	682,7	...
Maschinen	"	...	383,8	402,9	333,2	431,1	359,1	401,8	393,6	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	247,4	214,8	321,8	314,5	311,5	301,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	239,0	225,9	232,3	223,3	238,1	224,1	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	186,9	138,6	182,0	171,9	184,1	171,1	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 890,4	1 649,5	1 922,4	2 073,8	2 127,7	1 930,4	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	1 381,5	1 395,8	1 445,8	1 255,9	1 467,8	1 639,6	1 666,8	1 447,6	...
* Afrika	"	47,3	44,1	47,0	41,3	54,1	36,1	39,6	45,4	...
* Amerika	"	371,0	348,1	363,9	332,5	366,1	327,1	334,3	343,0	...
* Asien	"	360,0	374,6	347,7	304,5	394,2	364,1	366,0	415,5	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	22,0	19,4	21,8	18,0	23,7	23,2	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	4 250,2	3 793,4	4 457,8	3 437,0	4 197,0	4 301,4	4 019,7	4 045,7	...
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	196,2	197,4	172,8	179,9	170,6	197,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	4 261,5	3 239,6	4 024,2	3 778,1	3 553,9	3 556,4	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	88,7	45,0	80,4	40,9	85,1	100,9	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	264,5	237,9	309,3	223,8	256,5	227,4	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 908,4	2 956,7	3 634,5	3 513,4	3 212,2	3 228,1	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	469,0	377,2	442,3	459,9	367,0	379,1	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	3 439,4	2 579,5	3 192,2	3 053,5	2 845,2	2 849,0	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 789,3	2 232,7	2 882,6	2 876,0	2 638,2	2 641,3	...
* darunter EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 134,7	1 877,4	2 160,8	1 640,3	2 260,1	2 282,0	1 999,9	2 015,5	...
* Afrika	"	91,0	82,1	102,7	101,2	84,5	46,5	100,2	57,9	...
* Amerika	"	662,6	521,1	879,8	427,7	540,7	499,0	500,7	571,3	...
* Asien	"	724,5	697,3	682,3	667,1	683,4	872,6	774,8	770,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	3,6	8,3	5,8	7,2	5,9	5,0	...
<b>TOURISMUS<sup>3)</sup></b>										
* Gästeankünfte	1000	813	796	799	864	919	753	700	885	828
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	186	195	229	187	163	192	191
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 008	2 197	2 275	1 912	1 843	2 239	2 067
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	339	352	396	382	299	377	338
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	606	682	688	584	592	676	660
Luftkurorte	"	124	118	102	146	145	92	108	142	142
Erholungsorte	"	98	92	79	118	107	54	84	107	112
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 220	1 251	1 335	1 183	1 059	1 314	1 153
darunter Großstädte	"	575	550	560	518	586	577	468	556	483
<b>VERKEHR</b>										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 199	1 229	1 121	1 163	1 195	1 263	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	236	224	188	208	202	197	...
* Gütereingang	"	1 037	930	963	1 004	933	956	993	1 067	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.



## Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Noch: VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup>	Anzahl	30 179	29 183	32 639	30 005	34 994	34 127	29 866	32 896	31 853
darunter										
* Personenkraftwagen <sup>2)</sup>	"	26 040	25 548	27 351	25 957	30 670	28 417	24 337	28 617	27 837
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 639	1 458	1 786	1 469	1 537	1 390	1 516
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	2 980	1 951	1 968	3 577	3 254	2 250	1 892
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	352	347	305	320	360	362	393
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden <sup>3)</sup>	"	3 095	3 057	3 043	3 234	3 263	2 679	2 754	3 348	3 268
darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 335	2 407	2 477	1 946	2 068	2 492	2 538
* Getötete Personen	"	43	42	62	38	49	41	34	43	54
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 089	3 250	3 237	2 584	2 765	3 270	3 327
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen<sup>4)</sup></b>										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	116 499	121 148	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	38 805	37 328	.	.	115 089	120 275	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	1 410	874	.	.	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 208	24 600	.	.	75 318	64 327	.	.	...
davon im										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	19 596	19 955	.	.	58 797	56 706	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	16 521	7 622	.	.	...
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	135 342	121 206	.	.	...
davon aus										
Linienverkehr <sup>5)</sup>	"	67 519	36 163	.	.	106 624	108 511	.	.	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	28 718	12 695	.	.	...
<b>GELD UND KREDIT</b>										
<b>Banken<sup>6)</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>7)</sup>	Mill. EUR	546 660	.	.	.	.	.	.	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>7)</sup>	"	415 013	.	.	.	.	.	.	.	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	71 101	.	.	.	.	.	.	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>8)</sup>	"	343 912	.	.	.	.	.	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>7)</sup>										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Insolvenzen</b>										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	387	327	443	454	544	565	499
davon										
* Unternehmen	"	167	186	153	141	202	153	181	214	192
* Verbraucher	"	73	100	96	76	104	152	195	162	151
* ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	21	28	36	71	92	98	82
* sonstige natürliche Personen <sup>9)</sup> , Nachlässe	"	29	98	117	82	101	78	76	91	74
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	143 260	302 908	550 589	149 163	272 132	294 392	164 058
<b>GEWERBEANZEIGEN<sup>10)</sup></b>										
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 085	4 940	4 736	...	...	...	...
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 279	4 033	4 353	...	...	...	...
<b>PREISE</b>										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,0	103,0	102,9	103,9	103,8	103,6	103,7
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	105,5	105,1	104,5	103,8	104,2	104,7	104,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,2	105,7	105,8	110,5	110,5	110,5	111,0
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,8	100,6	100,4	99,3	98,9	98,4	97,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	102,0	103,4	103,2	103,2	103,1	105,0	105,0	105,0	104,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	100,8	101,7	101,9	101,9	101,8	101,6	101,4	101,3	101,4
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,8	104,3	104,2	106,9	106,1	105,7	105,8
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	95,6	96,1	96,2	95,9	96,2	96,2	96,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	99,5	100,7	100,8	100,6	100,1	99,4	100,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	100,9	104,8	103,1	104,2	104,9	104,3	104,4	104,3	105,5
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	102,4 <sup>14)</sup>	102,4 <sup>14)</sup>	.	102,4	.	.	.	102,1	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>STEUERN</b>										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 782,5	2 793,4	3 266,5	3 140,0	2 646,0	2 917,8	3 823,9
davon	"	3 014,8	2 722,8	2 307,0	2 447,5	2 835,9	2 646,6	2 166,8	2 452,4	3 399,0
Gemeinschaftssteuern	"	1 513,6	1 485,5	1 472,4	1 399,5	1 528,0	1 438,7	1 486,5	1 503,4	1 388,0
davon	"	64,1	64,4	32,2	- 50,6	414,2	- 108,7	- 56,8	- 66,1	370,1
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	"	256,6	181,1	127,4	110,9	417,8	38,2	116,0	122,2	279,6
veranlagte Einkommensteuer	"	265,7	257,7	230,4	194,4	165,7	289,7	233,5	146,3	148,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	15,1	- 130,1	- 229,7	- 171,7	- 529,5	342,7	- 419,3	- 232,4	353,4
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	"	745,4	727,3	565,3	803,6	702,4	476,4	674,0	842,8	732,2
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	"	154,2	136,8	109,0	161,3	137,3	169,5	132,9	136,2	127,5
Umsatzsteuer	"	278,4	292,9	257,1	206,4	306,9	360,9	246,0	306,2	296,8
Einfuhrumsatzsteuer	"									
Bundessteuern	"									
darunter	"									
Mineralölsteuer	"	41,9	52,0	43,6	44,4	53,8	46,3	52,8	61,8	57,5
Versicherungsteuer	"	67,9	78,1	68,4	34,6	78,8	69,9	60,9	75,6	47,8
Zölle <sup>3)</sup>	"	11,5	9,0	6,9	10,7	8,5	11,2	6,9	9,4	9,1
Landessteuern	"	141,3	126,8	131,9	122,4	115,2	121,4	116,0	123,8	119,0
darunter	"									
Vermögensteuer	"	3,3	3,9	0,9	1,3	5,3	1,3	- 9,3	5,5	6,1
Erbschaftsteuer	"	23,6	18,0	11,4	13,1	25,4	19,3	21,2	16,5	23,2
Grunderwerbsteuer	"	43,5	41,4	45,3	41,9	35,1	35,5	33,3	33,3	36,1
Kraftfahrzeugsteuer	"	53,2	48,9	58,4	51,2	49,8	52,0	53,4	50,7	48,0
Gewerbsteuerumlage	"	26,5	30,5	79,6	6,4	0,0	0,0	110,2	26,1	0,0
		2001	2002	2001		2002			2003	
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1342,5	2 056,0	889,2
davon	"	3,0	4,3	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3
Grundsteuer A	"	154,9	152,3	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5
Grundsteuer B	"									
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	491,5	561,4	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	597,2	584,3	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4
andere Steuern <sup>5)</sup>	"	16,0	15,4	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
<b>VERDIENSTE</b> <sup>7)</sup>										
<b>Arbeiterverdienste</b> (im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508
* Männliche Arbeiter	"	2 520	2 551	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587
darunter Facharbeiter	"	2 674	2 697	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739
* Weibliche Arbeiter	"	1 883	1 920	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	1 755	1 786	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	14,89	15,13	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45
* Männliche Arbeiter	"	15,36	15,59	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91
darunter Facharbeiter	"	16,48	16,67	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00
* Weibliche Arbeiter	"	11,66	11,92	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	10,72	10,94	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08
<b>Angestelltenverdienste</b> (Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	3 586	3 687	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720
* männlich	"	3 843	3 941	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969
* weiblich	"	2 863	2 963	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014
* kaufmännische Angestellte	"	3 385	3 477	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508
* technische Angestellte	"	3 765	3 871	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906
* in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 060	3 365	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431
* männlich	"	3 380	3 725	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788
* weiblich	"	2 617	2 823	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885
* kaufmännische Angestellte	"	3 077	3 360	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel <sup>8)</sup> , Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>9)</sup>	"	3 270	3 487	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 2003

(K - mit Kreisergebnissen, G - mit Gemeindeergebnissen  
 □ - auf Diskette lieferbar, ● - auf CD-ROM lieferbar  
 @ - im Internet unter [www.hsl.de](http://www.hsl.de))

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

### Statistische Berichte

Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am

31. Dezember 2002; (A I 1 mit A I 2, A I 4,  
 A II 1, A III 1, A V 1, A V 2 - hj 2/02); (G) 7,00 Euro  
 □, Excel 6,80 Euro  
 @, Download 4,80 Euro

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer  
 in Hessen am 30. Juni 2002 nach Pendlereigenschaft  
 (Vorläufige Werte); (A VI 12 - j/02); (K) 4,80 Euro  
 □, Excel 5,20 Euro  
 @, Download 3,20 Euro

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer  
 in Hessen am 30. Juni 2002 (Vorläufige Werte);  
 (A VI 5 - j2/02); (K) 5,90 Euro  
 □, Excel 6,00 Euro  
 @, Download 4,00 Euro

Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2002; Teil 2: Bestand  
 und Bewegung in den Justizvollzugsanstalten;  
 (B VI 6 - j/02 - Teil 2) 5,90 Euro  
 □, Excel 6,00 Euro  
 @, Download 4,00 Euro

Schlachtungen in Hessen im Mai 2002; (C III 2 - m 5/03)  
 Verarbeitendes Gewerbe in Hessen 2002; (E I 1 - j/02); (K) 7,00 Euro  
 □, Excel 6,80 Euro  
 @, Download 4,80 Euro

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden  
 Gewerbe in Hessen im Februar 2003; (E I 1 - m 2/03); (K) 4,80 Euro  
 □, Excel 5,20 Euro  
 @, Download 3,20 Euro

Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 2003;  
 (E V 1 - vj 1/03); 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden  
 Gewerbe in Hessen im März 2003; (E I 1 - m 3/03); (K) 4,80 Euro  
 □, Excel 5,20 Euro  
 @, Download 3,20 Euro

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im  
 Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2003;  
 (E I 3 - m 5/03) 4,80 Euro

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2003  
 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau);  
 (E II 2 - m 5/03); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Das Ausbaugewerbe in Hessen im 1. Vierteljahr 2003  
 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe);  
 (E III 1 - Vj 1/03); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Baugenehmigungen in Hessen im April 2003;  
 (F II 1 - m 4/03); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2003;  
 (F II 1 - m 5/03); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Ermittelte Baugenehmigungen in Hessen im Jahr 2002;  
 (F II - j/02); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen  
 (Fortschreibungsergebnisse; Stand: 31. Dezember  
 2002); (F I 1 - j/02); (ausgewG) 5,90 Euro  
 □, Excel 6,00 Euro  
 @, Download 4,00 Euro

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus  
 im März 2003; (G IV 1 - m 3/03); (G) 4,80 Euro

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus  
 im April 2003; (G IV 1 - m 4/03); (G) 4,80 Euro

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im  
 Gastgewerbe in Hessen im April 2003  
 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 4/03) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Die Ausfuhr Hessens im März 2003 (Vorläufige  
 Ergebnisse); (G III 1 - m 3/03) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Die Einfuhr (Generalhande!) nach Hessen im März 2003  
 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 3/03) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastge-  
 werbe in Hessen im Mai 2003 (Vorläufige Ergebnisse);  
 (G IV 3 - m 5/03) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Binnenschifffahrt in Hessen im April 2003;  
 (H II 1 - m 4/03); (H) 3,70 Euro

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im April 2003  
 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 4/03); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden  
 in Hessen im Mai; (H I 1 - m 5/03); (K) 3,10 Euro

Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2002: Hilfe zur  
 Erziehung außerhalb des Elternhauses (Zugänge und  
 Abgänge 2002 sowie fortgeschriebener Bestand am  
 31. Dezember 2002); (K V 1 - j/02); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel/Word 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2002: Adoptionen,  
 Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften,  
 Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerech-  
 tige, Vorläufige Schutzmaßnahmen; (K V 5 - j/02); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel/Word 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2002 sowie Ergebnisse  
 der Asylbewerberleistungsgesetzstatistik 2002; Teil 1: Ausga-  
 ben und Einnahmen; (K I 1 mit K VI 1 - j/02 - Teil 1); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel/Word 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für  
 Bauwerke in Hessen im Mai 2003; (M I 4 - vj 2/03) 3,70 Euro

Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucher-  
 preise in Hessen im Juni 2003; (M I 2 - m 6/03) 5,90 Euro

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen  
 im Jahr 2002; (M I 7 - j/02); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe, im  
 Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe  
 in Hessen 2002 (Ergebnisse der Ergänzungserhebung  
 zur laufenden Verdiensterhebung); (N I 4 - j/02) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro  
 @, Download 2,40 Euro

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe,  
 im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe  
 in Hessen im April 2003; Teil I: Arbeiterverdienste im  
 Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 2/03 - Teil I) 4,80 Euro  
 □, Excel 5,20 Euro  
 @, Download 3,20 Euro

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden  
 Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versiche-  
 rungsgewerbe in Hessen im April 2003; Teil II:  
 Angestellterverdienste; (N I 1 - vj 2/03 - Teil II) 4,80 Euro  
 □, Excel 5,20 Euro  
 @, Download 3,20 Euro

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in  
 Hessen 1991 bis 2001 nach kreisfreien Städten und  
 Landkreisen; (P I 5 - j/01); (K) 9,00 Euro  
 □, Excel 8,40 Euro  
 @, Download 6,40 Euro

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in  
 Hessen 1991 bis 2001 nach kreisfreien Städten und  
 Landkreisen; (P I 3 - j/01); (K) 7,00 Euro  
 □, Excel 6,80 Euro  
 @, Download 4,80 Euro

Investitionen für Umweltschutz im Verarbeitenden  
 Gewerbe in Hessen im Jahr 2001; (Q III 1 - j/01); (K) 3,70 Euro  
 □, Excel 4,40 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden